



AMZ 01539

Internationale sozialistische Kommission zu Bern

Alle Zuschriften und Geldsendungen sind an Nationalrat ROBERT GRIMM in Bern zu richten

Commission socialiste internationale
à BERNE



International Socialist Committee
in BERN

La correspondance doit être adressée au
citoyen ROBERT GRIMM, député à Berne

The correspondence has to be addressed:
comrade ROBERT GRIMM, deputy, Bern

BERN (Schweiz)

BULLETIN N^r 3

Ausgegeben am
29. Februar 1916.

Internationale sozialistische Kommission zu Bern.

In Uebereinstimmung mit Vertretern angeschlossener Parteien, Organisationen und Gruppen und im Rahmen der in Zimmerwald gefassten Beschlüsse berufen wir hiermit eine

zweite internationale sozialistische Konferenz

ein. Die Konferenz soll spätestens anfangs April 1916 in einem noch zu bestimmenden Orte Hollands stattfinden zur Behandlung folgender

Tagesordnung:

1. Wahl des Bureaus und der Mandatprüfungskommission;
2. Festsetzung der Geschäftsordnung;
3. Tätigkeitsbericht der Internationalen sozialistischen Kommission zu Bern;
4. Berichte der Delegierten;
5. **Der Kampf für die Beendigung des Krieges;**
6. **Die Stellung des Proletariats zu den Friedensfragen;**
7. **Agitation und Propaganda:**
 - a) *Parlamentarische Aktion;*
 - b) *Massenaktion;*
8. **Die Frage der Einberufung des Internationalen sozialistischen Bureaus im Haag;**
9. Verschiedenes.

Das *genaue Datum* der Konferenz sowie der Ort ihres Zusammentritts werden den angemeldeten Teilnehmern später direkt bekanntgegeben. Die Teilnehmer sind rechtzeitig bei der I.S.K. anzumelden.

Für die Zulassung zur Konferenz sind folgende Beschlüsse massgebend:

1. Zugelassen werden nur die Vertreter solcher politischer oder gewerkschaftlicher Organisationen oder die Einzelpersonen, die sich auf den Boden der Beschlüsse der Zimmerwalder Konferenz stellen.

2. In den Ländern, wo die offiziellen Parteien oder Gewerkschaftsorganisationen der I.S.K. angeschlossen sind, werden nur die von ihnen bezeichneten Vertreter zugelassen.

3. In den Ländern, wo die offiziellen Parteien der I.S.K. nicht angeschlossen sind, werden die Delegierten nur von solchen Organisationen und Gruppen zugelassen, die:

- a) im gegebenen Lande in Wort und Schrift im Sinne der Zimmerwalder Beschlüsse wirken;
- b) die sich über ihre Tätigkeit gegenüber der I.S.K. ausweisen.

4. Persönliche Vertretungen sind nur ausnahmsweise und nur mit beratender Stimme zulässig.

5. Ueber die Gültigkeit der Mandate entscheidet im Streitfall, nach Anhörung der Gründe und in Berücksichtigung der Verhältnisse, endgültig eine von der Konferenz gewählte Kommission von 9 Mitgliedern, in welcher Zahl auch die 4 Mitglieder der I.S.K. eingeschlossen sind.

6. Das Stimmenverhältnis wird durch die Konferenz festgestellt.

Die angeschlossenen Parteien, Organisationen und Gruppen werden ersucht, ihre *Tätigkeitsberichte*, die sie der Konferenz erstatten wollen, längstens bis *Ende März* 1916 an die I.S.K. einzureichen. Innerhalb der gleichen Frist sind *Anträge* zu den vorliegenden Punkten der provisorischen Tagesordnung der I.S.K. zu Bern einzureichen. Wenn immer möglich soll das Material den Konferenzteilnehmern gedruckt überwiesen werden.

Als Beitrag an die Kosten der Konferenz hat *jeder Teilnehmer* einen *Betrag* von *zehn Franken* zu leisten, der vor Beginn der Verhandlungen zu entrichten ist. Indem wir zu einer zahlreichen Beschickung der Konferenz einladen und die Organisationen ersuchen, die Tagesordnung möglichst gründlich vorzubespochen, zeichnet

Mit sozialistischem Gruss

Bern, 10. Februar 1916.

Die Internationale sozialistische Kommission zu Bern.

Rundschreiben

an alle angeschlossenen Parteien und Gruppen.

Werte Genossen!

Im September 1915 haben Vertreter sozialistischer Organisationen und Gruppen in *Zimmerwald* einen ersten praktischen Schritt zur Wiederherstellung der internationalen proletarischen Beziehungen auf der Grundlage der Klassensolidarität vollzogen, die weder staatliche noch nationale Grenzen kennt, welche die Arbeiter in dem Kampfe für den Sozialismus einigt zur Zeit des Friedens wie zur Zeit des Krieges.

Das *Zimmerwalder Manifest* hat in den Herzen und Köpfen der Arbeiter des ganzen Erdballs lauten Widerhall gefunden. Offizielle Parteien und Teile von solchen, Verbände sozialistischer Gewerkschaften, sozialistischer Frauen und Jugendgenossen haben ihre freudige Zustimmung zur Zimmerwalder Aktion: zur Wiederaufnahme des Klassenkampfes und des Kampfes gegen den Krieg, kundgetan.

In den kriegführenden wie in den neutralen Ländern ist eine mehr oder weniger ausgesprochene *Protestbewegung gegen den Krieg* entstanden. Hunderte von Arbeiterversammlungen in Deutschland, Frankreich, England, Italien, Russland usw., offizielle Parteikongresse und Konferenzen, in Italien selbst öffentliche Verwaltungen haben die Richtlinien des Zimmerwalder Manifestes gutgeheissen. So ist unser Ruf aufgenommen worden als ein Signal zur Sammlung, zur geistigen Erneuerung des Heerbanns des internationalen sozialistischen Proletariats.

Seit den Tagen der Zimmerwalder Konferenz hat sich die *internationale Lage* noch *verschärft*. Von Tag zu Tag wachsen in den kriegführenden Staaten die Menschenopfer, derweil Teuerung und Not, begünstigt durch ein gewissenloses Spekulantentum, unterstützt durch die sich breitmachende Korruption, die Lebenskraft der Völker bedrohen.

Diese gigantische Häufung der Opfer und Lasten ist begleitet von der *Erweiterung und Ausdehnung des Krieges*. *Bulgarien* ward in den Ring der Kriegführenden gezwungen, nach der Neutralität Belgiens und Luxemburgs die *griechische Neutralität* gewalttätig misshandelt und die Lüge des sogenannten internationalen Völkerrechtes überhaupt durch die Kriegführenden aller Länder entlarvt. Und bereits lauert *neue Kriegsgefahren*. Der imperialistische Gegensatz droht *Schweden* und *Rumänien* mit der Katastrophe zu überziehen, während das *amerikanische Rüstungskapital*, indem es aus kalter Berechnung die Verlängerung des gegenwärtigen Krieges anstrebt, gleichzeitig fieberhafte Vorbereitungen trifft, welche die *Vereinigten Staaten* dem mit Menschenleibern gepflasterten Abgrund entgegentreiben.

In dieser Situation bewahrheitet sich aufs neue und mit noch eindringlicherer Kraft, « dass der moderne Kapitalismus nicht nur mit den Interessen der Arbeitermassen, nicht nur mit den Bedürfnissen der geschichtlichen Entwicklung, sondern mit den elementaren Bedingungen der menschlichen Gemeinschaft unvereinbar geworden ist. »

In der Tat. Die Ereignisse haben gezeigt, dass für keine der unterdrückten Nationen aus der Hand der imperialistischen Staaten und aus dem imperialistischen Kriege Freiheit und Unabhängigkeit hervorspriessen können. Wie das Beispiel der *Balkanländer* und insbesondere das tragische Schicksal *Serbiens* und *Armeniens* beweist, sind die kleinen Staaten und unterdrückten Nationen nur Schachfiguren in dem imperialistischen Spiel der Grossmächte und werden, ebenso wie die arbeitenden Volksmassen aller beteiligten Länder, während des Krieges als Werkzeuge missbraucht, um nach dem Krtege auf dem Altar kapitalistischer Bestrebungen geopfert zu werden.

Unter diesen Umständen bedeutet *der gegenwärtige Weltkrieg bei jeder Niederlage und bei jedem Siege stets eine Niederlage des Sozialismus und der Demokratie*. Ausgenommen bei einer revolutionären Intervention des internationalen Proletariats, führt er bei jedem Ausgang zur Neubelebung des Militarismus, des imperialistischen Heissungers, zu einer Verschärfung der internationalen Gegensätze, zur Häufung und Verwicklung der nationalen Probleme, die angeblich durch diesen Krieg gelöst werden sollten. Der Krieg bewirkte eine nie gesehene, stets steigende Reaktion im Innern der Staaten, eine Schwächung der öffentlichen Kontrolle und damit eine Erniedrigung der Parlamente zu gehorsamen Werkzeugen des Militarismus in allen Ländern.

Die Arbeitermassen selbst, die instinktiv das ihnen durch den Krieg beschiedene Los begreifen, erheben sich spontan gegen seine Urheber und seine Konsequenzen. In *Deutschland* haben Tausende von Männern und Frauen, in der Hauptstadt wie in der Provinz, wiederholt gegen die Teuerung demonstriert und den Ruf nach Frieden erhoben. In *England* protestierten die Arbeitermassen mit wachsender Energie gegen die obligatorische Wehrpflicht. In *Petersburg* haben sich mehr als 100,000 Arbeiter gegen die Beteiligung an den kriegstechnischen Kommissionen ausgesprochen und sich dadurch geweigert, irgendwelche Verantwortlichkeit für den Krieg zu übernehmen. Gleichzeitig sind in Petersburg, in Moskau, in Nischni-Novgorod, in Charkow usw. politische Streiks ausgebrochen, von Hunderttausenden von Proletariern durchgeführt, die den Willen der russischen Arbeiterklasse gegen den Burgfrieden und für die Fortsetzung des Kampfes gegen den Zarismus manifestierten. Sogar in den *Schützengräben* äussert sich der Wille zum Protest gegen den Krieg, wo die Fälle urwüchsig hervorbrechender Verbrüderung unter den Soldaten der kriegführenden Armeen nicht selten sind. In allen kriegführenden Ländern glauben die Völker nicht mehr an die Legende des Befreiungskrieges und werden sich bewusst, *dass die sogenannte nationale Verteidigung in diesem Kriege nichts anderes ist als ein grobes Täuschungsmittel, um die Völker dem Imperialismus tributpflichtig zu machen*.

Die Instanzen jener offiziellen sozialistischen Parteien, die ihren Teil der Verantwortung für diesen Krieg übernahmen, gezwungen, mit der wachsenden Protestbewegung zu rechnen, haben einige Gesten gemacht, um die Ungeduld der organisierten Massen zu stillen. Aber diese Gesten mussten nicht nur wirkungslos bleiben. Ausgeführt auf der Grundlage einer Politik der Klassenversöhnung und des Burgfriedens, konnten sie nur die freiwillige Unterordnung des Proletariats unter die Gebote der herrschenden Klassen festigen und zur Verlängerung des Krieges beitragen.

Um die Opposition der Arbeiter gegen die Durchhaltepolitik zu lähmen, hat die Mehrheit der sozialistischen Führer in *Deutschland* eine Friedensinterpellation gestellt, die zugleich als Vorwand dienen musste, um der Reichsregierung das Vertrauen in ihre Kriegspolitik und ihre pazifistischen Kriegsziele auszusprechen und zwar in einem Zeitpunkt, da die Regierung offen ihre annexionistischen Bestrebungen in Belgien und Polen kundgab. Für die Arbeiterklasse aber hat diese nationalistisch gesinnte Mehrheit nichts als Ratschläge zur Mässigung, zur Sparsamkeit, und vertritt die Erziehung zur Entbehrung und Bedürfnislosigkeit während des Krieges, unter Verzicht auf die ökonomischen und politischen Klassenforderungen des Proletariats.

In *Frankreich* hat die offizielle sozialistische Partei auf das Friedensbedürfnis der Massen mit leeren Redensarten über einen „dauerhaften Frieden“ geantwortet, dessen Verwirklichung um den Preis der Fortführung der Durchhaltepolitik den kapitalistischen Diplomaten und Imperialisten der Entente überlassen wird. Der Parteitag proklamierte die «*Union sacrée*», die Notwendigkeit der Kriegskreditbewilligung, befürwortete die Auslieferung der sozialistischen Führer als Geiseln im Bourgeoisministerium und eröffnete den Kampf gegen die sozialistische Minderheit, die mutvoll und tapfer den Krieg gegen den Krieg führt.

Auf dem gleichen Boden des Sozialpatriotismus verbleibt die Mehrheit der *österreichischen* und *englischen Sozialisten*, während eine kleine Minderheit von Sozialdemokraten und Sozialisten-Revolutionäre *Russlands* einen nationalistischen Pakt mit dem Zarismus geschlossen hat.

Was hat in dieser Zeit das *Internationale sozialistische Bureau* getan? Schon in Zimmerwald wurde sein vollständiges Versagen gegenüber den ihm durch die Kongressbeschlüsse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel auferlegten Pflichten festgestellt. Seine lange Untätigkeit wie seine jüngste Erklärung bei Anlass des Kongresses der holländischen Arbeiterpartei beweisen, dass es keine Aenderung seiner Haltung vornehmen will. Im Namen des Exekutivkomitees versucht dessen Sekretär den Glauben zu erwecken, dass man die Pflicht zur sogenannten nationalen Verteidigung, das heisst die Unterstützung bürgerlich-kapitalistischer Regierungen predigen und gleichzeitig eine Internationale, «*lebendiger denn je*», schaffen könne. *Das ist nicht wahr* und bedeutet nichts anderes als eine *Irreführung der Massen*.

Indem das Proletariat gemeinsam mit der imperialistischen Bourgeoisie seines Landes den Imperialismus des andern Landes durch den Krieg bekämpft, stärkt es seinen erbittertsten Feind: die eigne herrschende Klasse, arbeitet es an seinem Untergang wie an der Vernichtung des Proletariats der andern kriegführenden Staaten. Die Internationale kann nicht bestehen, indem ihre Sektionen die Mordwerkzeuge bewilligen, mit denen das Proletariat der andern Länder massakriert wird; sie kann nicht bestehen, indem ihre Teile die Kampfbereitschaft der Massen preisgeben und sie in der Gegenwart auch für die Zukunft zerstören; sie kann nicht bestehen, indem sie fromme Wünsche für den kommenden Frieden an die Regierungen richtet, hinter diese Forderungen aber nicht den zweckbewussten Willen und die Tat im Geiste des Klassenkampfes und der Internationalität setzt.

Jeder Versuch, die Internationale durch eine gegenseitige Amnestie der kompromittierten opportunistischen Führer wieder aufzurichten, unter gleichzeitiger Anerkennung und Fortführung der Politik des Burgfriedens, ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Pakt gegen den Sozialismus und ein Schlag gegen das Wiedererwachen der revolutionären Arbeiterbewegung.

Die Klassenaktion des Proletariats aller Länder muss im Kriege wie im Frieden auf die gemeinsame Bekämpfung des Imperialismus gerichtet werden. Die parlamentarische und die gewerkschaftliche Aktion wie die gesamte Tätigkeit der Arbeiterbewegung muss dem Zwecke untergeordnet werden, das Proletariat in jedem Lande aufs schärfste der nationalen Bourgeoisie entgegenzustellen, den politischen und geistigen Gegensatz zwischen beiden auf Schritt und Tritt hervorzukehren sowie gleichzeitig die internationale Zusammengehörigkeit der Proletarier aller Länder in den Vordergrund zu schieben und zu betätigen.

Die Hauptaufgabe des Sozialismus muss heute darauf gerichtet sein, das Proletariat aller Länder zu einer *lebendigen revolutionären Macht* mit einheitlicher Auffassung seiner Interessen und Aufgaben, mit einheitlicher Taktik und Handlungsfähigkeit im Frieden wie im Kriege zusammenzufassen und es zu dem entscheidenden Faktor des politischen Lebens zu machen, zu dem es durch die Geschichte berufen ist.

Die Pflicht der Disziplin gegenüber diesen Lebensgeböten des internationalen Proletariats geht allen andern

Organisationspflichten voran. Wer diesen Geböten zuwiderhandelt, stellt sich in Gegensatz zum sozialistischen Proletariat, und die nationalen Sektionen der Internationalen, die so pflichtvergessen handeln, entbinden ihre Mitglieder von allen Verpflichtungen sich gegenüber.

In den Kämpfen gegen den Krieg kann die entscheidende Wirkung nur *von den Arbeitermassen aller Länder selbst* hervorgebracht werden. Jetzt, da die Folgen der Katastrophe mit ihrer vollen Wucht über die Arbeiterklassen aller Länder, der kriegführenden wie der neutralen, kommen und immer grössere Verheerungen anrichten, muss sich der Widerstand des Proletariats organisieren, von der *geistigen Sammlung* ausgehend, ohne Rücksicht auf die strategische Lage die *Ablehnung der Kriegskredite* und jeder *freiwilligen Anteilnahme der Arbeiter an den der Landesverteidigung dienenden Organisationen*, den *Austritt aus den bürgerlichen Ministerien*, den *bewussten Bruch des Burgfriedens* von ihren Abgeordneten fordernd, bis zum *offenen ökonomischen und politischen Kampfe der Massen gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen*.

Indem die zielbewussten Arbeiter aller Länder in privaten Besprechungen wie in den Versammlungen ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen über den wahren Charakter des Krieges und der Durchhaltepolitik Aufklärung schaffen, indem sie durch Verbreitung geeigneter Literatur, durch mündliche Agitation und Propaganda auf die indifferenten oder nationalistisch gesinnten Arbeitermassen wie auf die öffentliche Meinung einzuwirken suchen, indem sie, in fortwährendem Kontakt mit dem kriegsfeindlichen Proletariat der andern Staaten und unterrichtet über die Vorgänge im Auslande, die so gewonnene geistige und materielle Kraft zu Streiks und Demonstrationen, Volksbewegungen gegen die Teuerung, für Lohnerhöhungen, für den Bruch des Burgfriedens und für die sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen verdichten, werden sie im Sinne der von der Internationalen in Stuttgart feierlich aufgestellten, in Kopenhagen und Basel einstimmig bestätigten Losung wirken, «*dass für den Fall, da ein Krieg ausbrechen sollte, es die Pflicht des Proletariats ist, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.*»

Demgemäss fordern wir die der I. S. K. angeschlossenen Parteien, Organisationen und Gruppen zu unablässiger Arbeit auf. Ihre Tätigkeit wird um so erfolgreicher sein, je mehr sie sich in Gemeinschaft und fortwährender Fühlung mit den klassenbewussten Arbeitern der übrigen Länder vollzieht. Das kann geschehen durch eine *regelmässige Berichterstattung über die Vorgänge in jedem einzelnen Lande an unsere Kommission*, die ihrerseits die angeschlossenen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen über die Lage der im Rahmen der Zimmerwalder Beschlüsse entstandenen internationalen Bewegung gegen den Krieg fortlaufend unterrichtet und so den internationalen Zusammenhang der proletarischen Aktion zu festigen versucht.

Im Einverständnis mit Vertretern der affilierten Organisationen wird die I. S. K. zu Bern ferner eine *zweite internationale sozialistische Konferenz* vorbereiten, die das in Zimmerwald eingeleitete Werk fortführen und festigen soll. Wir ersuchen schon jetzt darum, dass die Tagesordnung dieser zweiten Konferenz in allen Organisationen und Versammlungen besprochen werde, um ihr einen Erfolg zu sichern, der es gestattet, die im September 1915 begonnene Bewegung in die breitesten Massen des Proletariats hineinzutragen.

Mit sozialistischem Gruss und Handschlag

Bern, im Februar 1916.

*Im Namen der Zimmerwalder Konferenz:
Die I. S. K. zu Bern.*

Zur Vorbereitung der zweiten Konferenz.

Zur Vorbereitung der zweiten internationalen sozialistischen Konferenz und zur unverbindlichen Erledigung anderer internationaler Angelegenheiten fand anfangs Februar 1916 in Bern eine Besprechung von Vertretern von sozialistischen Parteien, Organisationen und Gruppen aus verschiedenen Ländern Europas mit den Mitgliedern der von der Zimmerwalder Konferenz eingesetzten Internationalen sozialistischen Kommission statt. Die Teilnehmer waren als Vertreter ihrer Organisationen in die erweiterte Internationale sozialistische Kommission delegiert; eine Plenarsitzung dieser erweiterten Kommission konnte indes nicht stattfinden, weil die Verhältnisse (Reisemöglichkeiten usw.) das Erscheinen nicht allen Mitgliedern gestatteten. Aus diesem Grunde trugen die Beratungen nur *konsultativen Charakter*. Der ersten Sitzung wohnten zwecks einer gemeinsamen Aussprache auch verschiedene Mitglieder des Bureaus der Internationalen sozialistischen Jugendverbindung bei.

Den Situationsberichten aus den einzelnen Ländern, die nach der Sitzung mit den Jugendlichen erstattet wurden, war zu entnehmen, dass das Zimmerwalder Manifest in den weitesten Kreisen der Arbeiterklasse freudige Zustimmung gefunden hatte. Zu den in der Nummer 2 des Bulletins der I. S. K. erwähnten Parteien, Organisationen und Gruppen, die sich bereits mit den Richtlinien der Zimmerwalder Beschlüsse einverstanden erklärt oder ihren Beitritt direkt vollzogen hatten, sind, wie die Internationale sozialistische Kommission feststellen konnte, weitere Zustimmungserklärungen von grösseren Organisationen wie von lokalen Gruppen und Vereinen erfolgt. Wir lassen hier eine ergänzte Uebersicht der Organisationen und Gruppen, die sich entweder mit dem Zimmerwalder Manifest einverstanden erklärten oder ihren direkten Beitritt zu der Internationalen sozialistischen Kommission erklärten, folgen:

1. Sozialdemokratische Partei *Italiens*.
2. Sozialdemokratische Partei der *Schweiz*.
3. *British Socialist Party*.
4. *Independent Labour Party*.
5. Sozialdemokratische Partei *Rumäniens*.
6. Sozialdemokratische Arbeiterpartei *Russlands*, Zentralkomitee.
7. Sozialdemokratische Partei *Russlands*, Organisationskomitee.
8. Partei der Sozialisten-Revolutionäre *Russlands*.
9. Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund in *Litauen, Polen und Russland*.
10. Die drei *polnischen sozialistischen Parteien*, Hauptvorstand und Landesvorstand der polnischen Sozialdemokratie und Zentralkomitee der polnischen sozialistischen Partei.
11. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei *Bulgariens*.
12. Die sozialdemokratische Partei *Portugals*.
13. Die sozialistische Föderation von *Saloniki*.
14. Der sozialistische Jugendverband *Schwedens* und *Norwegens*.
15. Die Socialist Labor Party *Amerikas*.
16. Die Socialist Party *Amerikas*.
17. Die *deutsche Sprachgruppe* der Socialist Party *Amerikas*.
18. Die sozialdemokratische Partei *Lettlands*.
19. Der sozialistische Jugendverband *Dänemarks*.
20. Die sozialistische Jugendorganisation *Madrids*.
21. Internationale Sozialisten-Liga *Südafrika*.

Selbstverständlich vollzieht sich die Organisationsarbeit zur Kriegszeit nicht so rasch wie sonst, und ausserdem ist zu berücksichtigen, dass in den Ländern, wo die offiziellen Parteien auf dem Boden der Durchhaltepolitik stehen, der Kampf um die Durchsetzung der Zimmerwalder Beschlüsse mit ausserordentlichen Schwierigkeiten zu rechnen hat; handelt es sich doch hier um eine vollständig neue Orientierung, der nicht nur Hindernisse seitens der staatlichen Organe, sondern ebensowohl seitens der offiziellen Parteiinstanzen entgegenstehen.

Die Tätigkeitsberichte werden wir fortlaufend im Bulletin veröffentlichen. Die vorliegende Nummer enthält vorwiegend Berichte aus solchen Ländern, deren Mitteilungen in der letzten Nummer nicht untergebracht werden konnten. Die Ende März erscheinende Nummer 4 wird weitere Berichte und zugleich die Anträge zur zweiten Konferenz enthalten.

Den Hauptteil der Beratungen nahm die *Vorbereitung der zweiten internationalen Konferenz* in Anspruch. Das Ziel, das alle Teilnehmer leitete, war das Bedürfnis, den Kampf gegen den Krieg aus einer Aktion von Einzelpersonen und proletarischen Vertretern immer mehr zu einer *Tat der Massen* und ihrer Organisationen zu gestalten. Nur wenn die Massen selbst in Aktion treten und ihren Friedenswillen tatkräftig äussern, wird es gelingen, die Herrschenden zum Waffenstrecken zu zwingen. In diesem Sinne wurde die Auf-

gabe der zweiten Konferenz allgemein aufgefasst; in diesem Sinne auch dem Rundschreiben beigepflichtet, das die I. S. K. an die Organisationen zur Verbreitung unter den Arbeitern erlassen wird.

Die Konferenz selbst soll im Rahmen der Zimmerwalder Beschlüsse vorbereitet und durchgeführt werden. Ihr Ziel soll nicht die Lostrennung der Arbeiter von ihren bisherigen Organisationen sein, sondern vielmehr darin bestehen, *innerhalb dieser Organisationen und Verbände für die geistige Erneuerung des Proletariats zu wirken* und der Arbeiter-Internationalen einen sozialistischen Inhalt zu geben, der den Widerstand des Nationalismus und Chauvinismus überwindet und eine einheitliche Aktion der Arbeiterklasse im Kriege wie im Frieden ermöglicht. Von dieser Erwägung ausgehend, ist die Tagesordnung für die zweite Konferenz ausführlich erörtert worden. Die Haupttraktanden werden bilden: Der Kampf gegen den Krieg; die Stellung der Arbeiterklasse zu den Friedensfragen, die Agitation und Propaganda auf der Grundlage der in Zimmerwald gutgeheissenen Grundsätze, und zwar sowohl im Sinne der parlamentarischen Aktion als der Aktion der Massen, und endlich die Frage des Zusammentritts des I. S. B. im Haag. Die Behandlung dieser Gegenstände soll der Klärung der Meinungen dienen; einer Klärung, die unerlässlich ist, wenn der Kampf gegen den Krieg einheitlich und mit Erfolg geführt werden soll. Die Tatsache, dass sich in der Vorbesprechung selbst Unterschiede in bezug auf die Beurteilung der Verhältnisse und der unmittelbaren Aufgaben des Proletariats erkennen liessen, dürfen als eine Bestätigung der eben dargelegten Auffassung gelten, der Umstand aber, dass die Vorbesprechung zu einer Einigung über die Aufgaben der zweiten Konferenz führte, als Beweis dafür angesehen werden, dass in allen Teilen der wiedererwachten Internationalen der feste Wille zu erspriesslicher Tätigkeit besteht. In diesem Zeichen standen die Verhandlungen, die vom 5. bis 9. Februar in Bern geführt wurden. Sie haben wesentlich zur Klärung verschiedener Fragen beigetragen und eröffnen einen zukunftsreichen Ausblick für die Arbeiten der zweiten internationalen Konferenz.

Material zur Diskussion

Ein Resolutionsentwurf aus Frankreich.

Die Internationale sozialistische Kommission erhielt von französischen Genossen, die um die Zeitschrift «La vie ouvrière» und um das Tagblatt «Nashe Slovo» gruppiert sind, den Entwurf zu einem Manifest, der von einer kurzen Begründung begleitet ist. Diese Vorschläge waren bestimmt für die Sitzung der Organisationsvertreter, über die wir an anderer Stelle des vorliegenden Bulletins berichten, trafen aber zu spät ein, um noch berücksichtigt werden zu können. Wir geben hier den Text wieder, der mit als Grundlage für die der II. Internationalen Konferenz vorausgehenden Sitzung dienen kann.

Die Genossen schreiben uns :

1. Wir nehmen an, dass während der letzten fünf Monate in der allgemeinen politischen und militärischen Lage sich nichts ereignet hat, was irgendwie zu einer Aenderung in der Stellung Veranlassung geben könnte, die wir im September 1915 bezogen haben. Die neuen Tatsachen beweisen im Gegenteil die Richtigkeit unserer Auffassung vom Kriege und seiner Konsequenzen.

2. Was die Lage der Arbeiter-Internationalen betrifft, so haben wir während dieser fünf Monate feststellen können, dass der Sozialpatriotismus viel stärker und hartnäckiger ist, als man es voraussetzte. Auf der andern Seite bedienen sich die sozialpatriotischen Führer im Hinblick auf die wachsende Opposition im Proletariat noch häufiger als früher der sozialistischen Phraseologie, indem sie von einem Frieden ohne Annexionen, von der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen usw. sprechen, ohne indessen ihre Politik zu ändern. In gleicher Weise handelt die sogenannte Opposition vom Schlage Longuet-Pressemane in Frankreich, der zweiundzwanzig, die sich im deutschen Reichstag der Stimme enthielten, des Organisationskomitees in Russland usw., die zwar die internationalistische Ausdrucksweise aufnehmen und für die Zimmerwalder Konferenz einstehen, in Wirklichkeit aber bei jeder Gelegenheit, wenn auch unter gewissen Reserven, vor den Sozialpatrioten kapitulieren.

Diese, langsamer als man es sich vorstellte, vor sich gehende Entwicklung des revolutionären Kampfes gegen den Krieg und gegen den Imperialismus konnte im Hinblick auf die oben erwähnten Erscheinungen bei gewissen Internationalisten eine Tendenz aufkommen lassen, die zu Zugeständnissen an die Scheinopposition oder gar zu einer Annäherung an die Majorität bereit wären. Wir glauben, dass jeder Schritt in

dieser Beziehung schädlich wäre. Die Kraft der Opposition besteht in der klaren und präzisen Weise, in der sie die politischen Fragen stellt, in einer Weise, die sich in einem absoluten Gegensatz zu den herrschenden Klassen und den Sozialpatrioten befindet.

Jedes Fehlen von Klarheit, jede Zweideutigkeit, dient nur dem Sozialpatriotismus. Nach dem Zimmerwalder Manifest ist ein Zurückweichen unmöglich. Man muss auf seinem Boden bleiben und in der Richtung weitergehen, die das Manifest kennzeichnete.

Dieses Verhalten ist sowohl auf prinzipielle Erwägungen als auf Erwägungen praktischer und politischer Natur zurückzuführen. Wenn die Krise der Arbeiterbewegung für kürzere oder längere Zeit ihren gegenwärtigen Charakter beibehält, so muss die internationalistische Minderheit ihr möglichstes tun, um den Massen die Ursachen dieser Krise zum Bewusstsein zu bringen, und wenn im andern Falle die Unzufriedenheit der Massen sich verschärft und sich in einem gegebenen Moment in einer Erhebung äussert, so bedarf es einer Bewegung, die genügend Kraft besitzt, um mit einem Schlage die sozialpatriotischen Organisationen zurückzuwerfen, und sofort mit einer entschlossenen revolutionären Gruppierung an die Spitze dieser Bewegung tritt und ihr ein klares Bewusstsein gibt. Im Hinblick auf diese zwei Möglichkeiten müssen die Internationalisten ihren Kampf gegen den Sozialpatriotismus schärfer betonen und ihn klar zum Ausdruck bringen.

3. Im Hinblick auf diese Erwägungen glauben wir, es sei notwendig, dass in kategorischer Weise das *Problem der nationalen Verteidigung* gestellt werde. Die Gründe, die die 20 Abgeordneten des deutschen Reichstages für ihre Ablehnung der Kriegskredite geltend machten, stehen zum grossen Teile noch auf der Grundlage des Sozialpatriotismus und machen die Frage unseres Erachtens von der Meinung über die Sicherheit der nationalen Verteidigung abhängig. Demgegenüber muss erklärt werden, dass wir unsere Taktik weder von der militärischen noch von der diplomatischen Lage des Landes abhängig machen, und dass wir unter allen Umständen, wie es in dem Manifest der österreichischen Opposition heisst, die permanente Armee der sozialen Revolution bleiben.

4. Die Anschuldigung gegen die Internationalisten, dass sie eine Spaltung begünstigen, ist sicher eine der vom Sozialpatriotismus bevorzugtesten Waffen. Wir glauben indessen, dass weder die Internationale sozialistische Kommission noch die Internationale Konferenz selbst gegenüber diesem Vorwurf eine Verteidigungsstellung einnehmen dürfen, indem sie erklären, dass wir auf keinen Fall eine Spaltung herbeiführen wollen. Ein solches Verhalten würde nur die Untätigkeit und den Possibilismus der Internationalisten stärken und ~~würde zu erkennen gehen, dass in der Einheit, der von den Sozialpatrioten geleiteten Organisationen das höchste Kriterium ihrer Oppositionspolitik liege.~~

Wenn wir die *Spaltung nicht* zu unserem Ziele erheben, so kann anderseits auch die *Einheit nicht* unser Ziel sein. Die Erhaltung der Ideen des revolutionären Sozialismus und der Methoden des Klassenkampfes wie der tatkräftige Zusammenschluss der revolutionären Sozialisten gegen die Sozialpatrioten stehen für uns über den Fragen der offiziellen Einheit der Organisationen. Wir glauben, es sei nötig, dies rund heraus zu sagen.

5. Da die Frage der Bedingungen des künftigen Friedens abermals vor der Konferenz aufgerollt werden wird, nehmen wir an, es sei nützlich, die Aufmerksamkeit des Proletariats auf die Mittel des Kampfes für den Frieden zu lenken. Ohne Zweifel werden wir die gemeinsamen Grundsätze feststellen müssen, die uns in der Orientierung in bezug auf die entscheidenden nationalen Fragen (Polen, Elsass-Lothringen usw.) leiten und uns erlauben, das Werk der Diplomatie zu kennzeichnen. Aber es ist selbstverständlich, dass hier das Proletariat, um die polnische Frage, die Befreiung Belgiens oder Persiens, Serbiens oder Griechenlands zu lösen, keine andern Mittel zur Verfügung hat, als die öffentliche Geltendmachung einer revolutionären Kraft gegen die Macht des Militarismus. Indem wir gegen Annexionen und gegen Kriegsschädigungen kämpfen, indem wir für jede Nation das Selbstbestimmungsrecht und die wirtschaftliche und politische Einigung der Völker auf demokratischer Grundlage fordern, müssen wir frank und frei der Arbeiterschaft erklären, dass der Weg zur Verwirklichung dieses Programms nicht über die allmähliche Milderung der imperialistischen Gegensätze geht, die sich im Gegenteil verschärfen werden, sondern nur durch den fortwährenden erweiterten und verschärften Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus. In diesem Sinne bildet der wirkliche Völkerfriede in der Epoche der imperialistischen Kriege einen Teil des unmittelbaren revolutionären Kampfes für den Sozialismus. Unsere Aufgabe ist es, den reformistischen und pazifistischen Illusionen die revolutionäre Wahrheit entgegenzustellen.

Das sind die Grundsätze, die wir im neuen Manifest angewendet sehen möchten und die uns bei der Ausarbeitung des folgenden Projektes geleitet haben.

Entwurf zu einem Manifest.

Fünf Monate sind seit der Zimmerwalder Konferenz verflossen, wo wir Sozialisten Europas unserer Empörung Ausdruck verliehen und einen Kampf Ruf an das Proletariat erlassen haben. Fünf neue Monate des Krieges, einer nach dem andern, sind über die Menschheit hinweggegangen, und jeder dieser Monate brachte nur die Fortsetzung des eigenen Vernichtungswerkes der Völker, ihren eigenen Ruin inmitten des Gemetzels und ohne Widerspruch die Scheusslichkeiten des entfesselten Militarismus ertragend, der nicht mehr gemeistert werden kann, durch die blutigen Hände der gegenwärtigen Herrscher der europäischen Nationen. Die automatische Vernichtung der Blüte der Völker hat ihren Weg während dieser langen Monate fortgesetzt. Neue Millionen, durch das Mittel der Kriegsanleihen aus dem kollektiven Reichtum herausgepresst, wurden dutzendweise verschlungen, ausschliesslich dazu bestimmt, die menschlichen Wesen und die Errungenschaften der Zivilisation zu zerstören.

Wenn der menschliche Geist in diesen höllischen Kriege sich noch betätigt, so nur, um die Mordwerkzeuge zu vervollkommen oder neue zu erstellen. Die Aufgabe, die gegenwärtig die Herrschenden, die Wissenschaftler und die Erfinder aller Länder beschäftigt, besteht in der Suche nach einem Mittel, um ganze Armeen mit Hilfe giftiger Gase zu vernichten.

Und zu gleicher Zeit bemühen sich die herrschenden Klassen in einer stupiden Halsstarrigkeit oder in einem Blutrausch, den Völkern unaufhörlich zu verkünden, dass der Krieg bis zu Ende geführt werden solle, bis zum vollständigen Siege, bis er die Lösung aller Fragen, die ihn hervorerufen haben, fand.

In Wirklichkeit entfernt sich aber die entscheidende Lösung immer mehr und mehr. Die militärischen Unternehmungen dehnen sich auf neue Gebiete und neue Fronten aus und jede Entwicklung zeitigt als Konsequenz nur die Verwicklung neuer Probleme, während sie gleichzeitig alte Wunden aufreissen.

In dieser Zeit ist Bulgarien trotz der mutigen Opposition der jungen sozialdemokratischen Bewegung in den Krieg eingetreten. Serbien und Montenegro wurden durch die österreichisch-ungarischen Armeen ihrer erbärmlichen Unabhängigkeit beraubt, die ihnen ihre eigene verbrecherische Dynastie und die herrischen Zumutungen der kriegführenden Grossmächte noch gelassen haben. Die Neutralität Griechenlands wurde durch jene selbst vergewaltigt, die in markt-schreierischer Sprache sich als die Vorkämpfer des Rechts und als Verteidiger der Schwachen hinstellten. Der Zarismus spielt sich als Beherrscher in Persien auf und erweitert dort seine eigene Tyrannei, um sich so im Osten für seine im Westen erlittenen Misserfolge zu entschädigen. Und morgen muss bereits mit der Möglichkeit der Intervention Schwedens und anderer Länder gerechnet werden, die bis jetzt an der Schlächtereier noch keinen Anteil nahmen und die nicht mehr länger auf den glühenden Kohlen der Neutralität sitzen können oder wollen.

Und endlich sah sich England, dessen Bourgeoisie den Militarismus um so mehr brandmarkte, je mehr es selbst den Marinismus forderte, durch die Logik des Krieges gezwungen, den Volksmassen das Joch des obligatorischen Militärdienstes aufzuzwingen.

Das sind die neuen Ereignisse des Krieges, den man noch immer auf beiden Seiten der Schützengräben als einen Befreiungskrieg auszugeben versucht.

Sich diesem Verbrechen unterwerfend, es sogar unterstützend und verteidigend, sind jene sozialistischen und proletarischen Zentralorganisationen, die sich seit August an ihre herrschenden Klassen gekettet haben, im Laufe der fünf Monate immer tiefer und tiefer in der Verleugnung des Sozialismus gefallen. Ihre Rolle bestand ausschliesslich darin, alle politischen und moralischen Eroberungen des Sozialismus, die um den Preis des Märtyrerblutes, der schöpferischen Anstrengungen der Denker und der heldenhaften Opfer der Massen erlangt wurden, in eine Waffe zur Erhaltung des bürgerlichen Staates, zum Schutze der herrschenden Klasse, die durch ihre eigenen Verbrechen bis in die tiefsten Wurzeln erschüttert sind, zu verwandeln. In der Geschichte der Menschheit, die schon die Unterwerfung des Christentums, die Unterwerfung der Reformation und endlich die der Demokratie unter die Interessen der herrschenden Klassen zu verzeichnen hatte, kann es keinen schärfern Verrat, kein grösseres Verbrechen, keinen schändlicheren Fall geben als diese Unterwerfung des offiziellen Sozialismus unter die Bourgeoisie in der Stunde ihres blutigen Lebensabends vor dem Proletariat Europas.

Vor dem europäischen Proletariat brandmarken wir diese Verbindung von bürgerlicher Gewalttätigkeit und sozialistischem Verrat als die unzweifelhaft grösste Bedrohung des Sozialismus und des menschlichen Fortschrittes. Wir brandmarken die Politik der Sozialpatrioten, die, trotzdem sie ihren Regierungen direkt und indirekt helfen, die revolutionären Sozialisten ihrer eigenen Länder zu verfolgen, die Oppositionen in den feindlichen Ländern billigen und ermutigen, und welche durch die so geschaffene korrumpierende Konfusion sich bemühen, ihr sozialistisches Ansehen in den Augen der erwachenden Arbeitermassen zu retten.

Zwischen die, welche der Fahne der sozialen Revolution treugeblieben sind, und die Sozialpatrioten, die Söldner, die Gefangenen oder die freiwilligen Sklaven des Imperialismus stellen sich die Anhänger eines sozialistischen Waffenstillstandes ohne Prinzip und ohne Klarheit. Im Namen der sozialistischen Einheit fordern sie von der Minorität, dass sie sich vor den Sozialpatrioten entwaffne, genau so, wie diese sich im Namen des Burgfriedens vor unsern Klassenfeinden entwaffnet haben.

Wir wollen und wir können einen derartigen Waffenstillstand nicht anerkennen, sobald das Schicksal des Sozialismus im Spiele ist.

Und wenn unser innerer Kampf die Einheit der sozialistischen Organe gefährdet, so fällt die ganze Verantwortlichkeit auf jene zurück, welche die durch den Krieg hervorgerufene proletarische Desorganisation dazu benützen, um die wichtigsten Grundsätze des Sozialismus zu verleugnen.

Die Verteidigung des Vaterlandes, die nationale Verteidigung, welche die Sozialpatrioten unaufhörlich predigen, ist in Wirklichkeit die bewegliche Schlinge, welche die Bourgeoisie, unterstützt durch die sozialpatriotischen Agenten, der Arbeiterklasse um den Hals geworfen hat. Dieses Band, das immer enger und enger geschnürt wird, muss zerstört werden.

Das Proletariat kann nicht aufhören, für die Unabhängigkeit der Nationen zu wirken, allein, es muss es tun, nicht durch den kapitalistischen Militarismus, der sie unterdrückt, sondern durch den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus. Unser Weg ist nicht der Krieg, Seite an Seite mit den Herrschenden, sondern die Revolution gegen sie. Die sozialpatriotische Schildwache der Bourgeoisie, die Unzufriedenheit und die Erhebung des sozialen Proletariats befürchtend, versucht jetzt durch die Vermittlung des alten Internationalen sozialistischen Bureaus hinter dem Rücken der getäuschten sozialistischen Arbeitermassen eine Wiederherstellung der Scheinverbindungen zwischen den offiziellen sozialistischen Parteien, der kriegführenden Länder. Die eine Hand an den Karren des nationalen Militarismus gefesselt, versuchen die Sozialpatrioten einander die andere Hand zu reichen und durch das Mittel einer schlechten Nachahmung der internationalen Solidarität, ihre Kräfte in dem Ziele zu vereinigen, das sozialistische Gewissen der erwachenden Arbeiterklassen zu ersticken. Wir warnen die Arbeiter vor dieser heuchlerischen Politik. Eine neue Internationale kann nur aufgebaut werden auf den unerschütterlichen Prinzipien des revolutionären Sozialismus. An ihrer Schaffung können die Verbündeten der herrschenden Klassen, die Minister, die liebedienenden Abgeordneten, die Advokaten des Imperialismus, die Agenten der kapitalistischen Diplomatie, die Totengräber der II. Internationalen keinen Anteil nehmen.

Der rücksichtslose Kampf gegen den Nationalismus, die entschiedene Verweigerung der Militärkredite, unbekümmert um die strategische und diplomatische Lage des Landes, die unbarmherzige Brandmarkung der Lügen der nationalen Verteidigung und des Burgfriedens, die Mobilisation des Proletariats zum revolutionären Angriff gegen die bürgerliche Gesellschaft — das sind die für die Schaffung einer wirklichen sozialistischen Internationalen notwendigen Bedingungen. Diese klare sozialistische und revolutionäre Politik allein sichert dem Proletariat einen Einfluss auf den Ausgang des gegenwärtigen Krieges und auf die internationalen Beziehungen, die nach der Herstellung des Friedens entstehen werden.

Die Sozialpatrioten verkünden von den parlamentarischen Tribünen herab, dass sie Gegner der Annexionen seien. Verschiedene unter ihnen fügen bei, dass sie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkennen. Aber alle diese hochtrabenden Phrasen ändern nichts an der feststehenden Tatsache, dass die Sozialpatrioten mit allen ihren Kräften darauf hinarbeiten, ihrem nationalen Militarismus den Sieg zu sichern und dass sie dadurch konsequenterweise und unvermeidlich gewalttätige Annexionen vorbereiten. Man kann in Wirklichkeit nicht gegen die Annexionen kämpfen, ohne gleichzeitig den Kampf gegen ihr Werkzeug, den Militarismus, zu richten. Es ist unmöglich, die Unabhängigkeit der Völker zu schützen, indem man dem bewaffneten Kapitalismus hilft, sie zu zerstören.

Territoriale Annexionen in Europa vorbereitend, in Belgien und Saloniki, in Brüssel und in Teheran, die Unabhängigkeit der Nationen erwartend, streben die Regierungen der kriegführenden Mächtegruppen gleichzeitig eine Trennung des Europas von morgen in zwei mächtige durch den Stacheldraht der Zolltarife voneinander geschiedene Wirtschaftsgebiete an. Zwischen diesen beiden gigantischen Trusts von Staaten wird am Tage nach dem Friedensschluss ein unaufhörlicher und unveröhnlicher Handelskrieg ausbrechen. Diese Perspektive, so gut wie die Annexionen, eröffnen für die durch den Krieg erschöpften Völker Europas eine neue Verschärfung der Teuerung, neuen Steuerdruck, die Stärkung des Militarismus, die Diktatur der Banken und der Trusts, den Stillstand der sozialen Gesetzgebung und eine vermehrte politische Reaktion.

Der Kampf gegen die Schützengräben des Zollschatzes, die lediglich die Desorganisation der europäischen Volkswirtschaft beschleunigen werden, kann nur gleichzeitig mit dem Kampf gegen die Schützengräben geführt werden. Der Kampf gegen die politische Tyrannei, gegen die stehenden Heere, gegen die Geheimdiplomatie und für die Demokratisierung aller europäischen Staaten, ist die erste Bedingung der ökonomischen und politischen Einheit Europas.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Wenn der von dem Imperialismus hervorgerufene Krieg Europa verheert, so wird er durch die gegenwärtig an der Macht stehenden Nationalisten verschärft und vergrößert und die Ursache neuer verheerender Katastrophen sein. Wenn wir nicht instande waren, den Krieg zu verhindern, so sind wir verpflichtet, alle Anstrengungen zu machen, um den Kriegführenden unsern Frieden aufzuzwingen. Der Macht der Herrschenden, die aus unserer Untätigkeit und unserer Unterwerfung neue Kraft erlangt, müssen wir unsere eigene Macht entgegenstellen, das revolutionäre Bewusstsein und den Willen zum rücksichtslosen Kampf. Wir fordern euch zur Erfüllung dieser Aufgabe auf. Genug der Geduld, genug des Schweigens! Der Ruf der Empörung und der Erhebung erschalle überall! Dem Wort folge die Tat!

Hört zu, ihr Arbeiter und Arbeiterinnen Europas! Wenn nur ein kleiner Teil der Opfer, der Leben, des Blutes, die dieser Krieg erforderte, gewissenhaft der Sache des Sozialismus geopfert worden wäre, so würde Europa bald von der schändlichen Herrschaft der Unterdrückung und der Ausbeutung befreit sein, und wir hätten die Gewissheit, unsere Söhne in das Reich der Arbeit und Gerechtigkeit eintreten zu sehen. Entschliesst euch, alle eure Kräfte, und wenn es sein muss, eure Freiheit und selbst euer Leben für die Auferstehung der Menschlichkeit zu geben.

Kämpft gegen die abscheulichen und unzähligen Opfer, die der Krieg ohne Unterbruch und ohne Ende fordert, gegen den entfesselten Militarismus, gegen die Barbarei und die Feigheit der Herrschenden. Kämpft ohne Zögern, ohne Unterlass mit all eurer Kraft.

Nieder mit dem Kriege, nieder mit den Annexionen und den Kriegskontributionen! Es lebe die Freiheit und die Unabhängigkeit der Nationen, es lebe die ökonomische und politische Vereinigung der Völker!

Es lebe die Revolution!

Es lebe der Sozialismus!

Ein Vorschlag deutscher Genossen.

Eine grössere Anzahl von Genossen aus allen Teilen Deutschlands hat die folgenden Leitsätze angenommen und die hiermit den angeschlossenen Organisationen zur Diskussion unterbreitet werden:

1. Der Weltkrieg hat die Resultate der 40jährigen Arbeit des europäischen Sozialismus zunichte gemacht, indem er die Bedeutung der revolutionären Arbeiterklasse als eines politischen Machtfaktors und das moralische Prestige des Sozialismus vernichtet, die proletarische Internationale gesprengt, ihre Sektionen zum Brudermord gegeneinander geführt und die Wünsche und Hoffnungen der Volksmassen an das Schiff des Imperialismus gekettet hat.

2. Durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten und die Proklamation des Burgfriedens haben die offiziellen Führer der sozialistischen Parteien in Deutschland, Frankreich und England (mit Ausnahme der Unabhängigen Arbeiterpartei) dem Imperialismus den Rücken gestärkt, die Volksmassen zum geduldigen Ertragen des Elends und der Schrecken des Krieges veranlasst und so zur zügellosen Entfesselung der imperialistischen Raserei, zur Verlängerung des Gemetzels und zur Vermehrung seiner Opfer beigetragen, die Verantwortung für den Krieg und seine Folgen mitübernommen.

3. Diese Taktik der offiziellen Parteinstanzen der kriegführenden Länder, in allererster Linie in Deutschland, dem bisherigen führenden Lande der Internationalen, bedeutet

einen Verrat an den elementarsten Grundsätzen des internationalen Sozialismus, an den Lebensinteressen der Arbeiterklasse, an allen demokratischen Interessen der Völker. Dadurch ist die sozialistische Politik auch in jenen Ländern zur Ohnmacht verurteilt worden, wo die Parteiführer ihren Pflichten treugeblieben sind: in Russland, Serbien, Italien und — mit einer Ausnahme — Bulgarien.

4. Indem die offizielle Sozialdemokratie der führenden Länder den Klassenkampf im Kriege preisgab und auf die Zeit nach dem Kriege verschob, hat sie den herrschenden Klassen in allen Ländern Frist gewährt, ihre Positionen auf Kosten des Proletariats wirtschaftlich, politisch und moralisch ungeheuer zu stärken.

5. Der Weltkrieg dient weder der nationalen Verteidigung noch den wirtschaftlichen oder politischen Interessen irgendwelcher Volksmassen; er ist lediglich eine Ausgeburt imperialistischer Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Klassen verschiedener Länder um die Weltherrschaft und um das Monopol in der Aussaugung und Unterdrückung der noch nicht vom Kapital beherrschten Gebiete. In der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben. Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todfeind, dem Imperialismus, dienstbar zu machen.

6. Aus der Politik der imperialistischen Staaten und aus dem imperialistischen Kriege kann für keine unterdrückte Nation Freiheit und Unabhängigkeit hervorspriessen. Die kleinen Nationen, deren herrschende Klassen Anhängsel und Mitschuldige ihrer Klassengenossen in den Grossstaaten sind, bilden nur Schachfiguren in dem imperialistischen Spiel der Grossmächte und werden ebenso wie deren arbeitende Massen während des Krieges als Werkzeug missbraucht, um nach dem Kriege den kapitalistischen Interessen geopfert zu werden.

7. Der heutige Weltkrieg bedeutet unter diesen Umständen bei jeder Niederlage und bei jedem Sieg eine Niederlage des Sozialismus und der Demokratie. Er treibt bei jedem Ausgang — ausgenommen die revolutionäre Intervention des internationalen Proletariats — zur Stärkung des Militarismus, der internationalen Gegensätze, der weltwirtschaftlichen Rivalitäten. Er steigert die kapitalistische Ausbeutung und die innerpolitische Reaktion, schwächt die öffentliche Kontrolle und drückt die Parlamente zu immer gehorsameren Werkzeugen des Militarismus herab. Der heutige Weltkrieg entwickelt so zugleich alle Voraussetzungen neuer Kriege.

8. Der Weltfriede kann nicht gesichert werden durch utopische oder im Grunde reaktionäre Pläne, wie internationale Schiedsgerichte kapitalistischer Diplomaten, diplomatische Abmachungen über « Abrüstung », « Freiheit der Meere », « Abschaffung des Seebeuterechts », « europäische Staatenbünde », « mitteleuropäische Zollvereine », « nationale Pufferstaaten » und dergleichen. Imperialismus, Militarismus und Kriege sind nicht zu beseitigen oder einzudämmen, solange die kapitalistischen Klassen unbestritten ihre Klassenherrschaft ausüben. Das einzige Mittel, ihnen erfolgreich Widerstand zu leisten, und die einzige Sicherung des Weltfriedens sind die politische Aktionsfähigkeit und der revolutionäre Wille des internationalen Proletariats, seine Macht in die Wagschale zu werfen.

9. Der Imperialismus als letzte Lebensphase und höchste Entfaltung der politischen Weltherrschaft des Kapitals ist der gemeinsame Todfeind des Proletariats aller Länder. Aber er teilt auch mit den früheren Phasen des Kapitalismus das Schicksal, die Kräfte seines Todfeindes in demselben Umfange zu stärken, wie er sich selbst entfaltet. Er beschleunigt die Konzentration des Kapitals, die Zermürbung des Mittelstandes, die Vermehrung des Proletariats, weckt den wachsenden Widerstand der Massen und führt so zur intensiven Verschärfung der Klassengegensätze. Gegen den Imperialismus muss der proletarische Klassenkampf im Frieden wie im Krieg in erster Reihe konzentriert werden. Der Kampf gegen ihn ist für das internationale Proletariat zugleich der Kampf um die politische Macht im Staate, die entscheidende Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Das sozialistische Endziel wird von dem internationalen Proletariat nur verwirklicht, indem es gegen den Imperialismus auf der ganzen Linie Front macht und die Lösung « Krieg dem Kriege » unter Aufbietung der vollen Kraft und des äussersten Opfermutes zur Richtschnur seiner praktischen Politik erhebt.

10. Zu diesem Zwecke richtet sich die Hauptaufgabe des Sozialismus heute darauf, das Proletariat aller Länder zu einer lebendigen revolutionären Macht zusammenzufassen, es durch eine starke internationale Organisation mit einheitlicher Auffassung seiner Interessen und Aufgaben, mit einheitlicher Taktik und politischer Aktionsfähigkeit im Frieden wie im Kriege zu dem entscheidenden Faktor des politischen Lebens zu machen, wozu es durch die Geschichte berufen ist.

11. Die zweite Internationale ist durch den Krieg gesprengt. Ihre Unzulänglichkeit hat sich erwiesen durch ihre Unfähigkeit, einen wirksamen Damm gegen die nationale

Zersplitterung im Kriege aufzurichten und eine gemeinsame Taktik und Aktion des Proletariats in allen Ländern durchzuführen.

12. Angesichts des Verrats der offiziellen Vertretungen der sozialistischen Parteien der führenden Länder an den Zielen und Interessen der Arbeiterklasse, angesichts ihrer Abschwenkung vom Boden der proletarischen Internationalen auf den Boden der bürgerlich-imperialistischen Politik, ist es eine Lebensnotwendigkeit für den Sozialismus, eine neue Arbeiter-Internationale zu schaffen, welche die Leitung und Zusammenfassung des revolutionären Klassenkampfes gegen den Imperialismus in allen Ländern übernimmt.

Sie muss, um ihre historische Aufgabe zu lösen, auf folgenden Grundlagen beruhen:

a) Der Klassenkampf im Innern der bürgerlichen Staaten gegen die herrschenden Klassen und die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder sind zwei unzertrennliche Lebensregeln der Arbeiterklasse in ihrem welthistorischen Befreiungskampfe. Es gibt keinen Sozialismus ausserhalb der internationalen Solidarität des Proletariats, und es gibt keinen Sozialismus ausserhalb des Klassenkampfes. Das sozialistische Proletariat kann weder im Frieden noch im Kriege auf Klassenkampf und auf internationale Solidarität verzichten, ohne Selbstmord zu begehen.

b) Die Klassenaktion des Proletariats aller Länder muss im Frieden wie im Kriege auf die Bekämpfung des Imperialismus und Verhinderung der Kriege als auf ihr Hauptziel gerichtet werden. Die parlamentarische Aktion, die gewerkschaftliche Aktion wie die gesamte Tätigkeit der Arbeiterbewegung müssen dem Zwecke untergeordnet werden, das Proletariat in jedem Lande aufs schärfste der nationalen Bourgeoisie entgegensetzen, den politischen und geistigen Gegensatz zwischen beiden auf Schritt und Tritt hervorzukehren sowie gleichzeitig die internationale Zusammengehörigkeit der Proletarier aller Länder in den Vordergrund zu schieben und zu betätigen.

c) In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. Die Internationale entscheidet im Frieden über die Taktik der nationalen Sektionen in Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, der Handelspolitik, der Maassnahmen, ferner über die gesamte im Kriege einzuhaltende Taktik.

d) Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationalen geht allen andern Organisationspflichten voran. Nationale Sektionen, die ihren Beschlüssen zuwiderhandeln, stellen sich ausserhalb der Internationalen.

e) In den Kämpfen gegen den Imperialismus und den Krieg kann die entscheidende Macht nur von den kompetenten Massen des Proletariats aller Länder eingesetzt werden. Das Hauptaugenmerk der Taktik der nationalen Sektionen ist somit darauf zu richten, die breiten Massen zur politischen Aktionsfähigkeit und zur entschlossenen Initiative zu ziehen, den internationalen Zusammenhang der Massenaktion zu sichern, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen so auszubauen, dass durch ihre Vermittlung jederzeit das rasche und tatkräftige Zusammenwirken aller Sektionen gewährleistet und der Wille der Internationalen so zur Tat der breitesten Arbeitermassen aller Länder wird.

f) Die nächste Aufgabe des Sozialismus ist die geistige Befreiung des Proletariats von der Vormundschaft der Bourgeoisie, die sich in dem Einfluss der nationalistischen Ideologie äussert. Die nationalen Sektionen haben ihre Agitation in den Parlamenten wie in der Presse dahin zu richten, die überlieferte Phraseologie des Nationalismus als bürgerliches Herrschaftsinstrument zu denunzieren. Die einzige Verteidigung aller wirklichen nationalen Freiheit ist heute der revolutionäre Klassenkampf gegen den Imperialismus. Das Vaterland der Proletarier, dessen Verteidigung alles andere untergeordnet werden muss, ist die sozialistische Internationale.

Ein Programm-Entwurf der R. S. V. und der S. D. A. P. Hollands.

Aus *Holland* erhalten wir folgenden Entwurf zu einem Aufruf, den wir als Diskussionsmaterial hier abdrucken.

Der Revolutionär-sozialistische Verein und die Sozialdemokratische Partei in Holland schlagen der Internationalen Zusammenkunft von revolutionären Sozialisten vor, folgenden Aufruf an die Arbeiter aller Länder zu richten:

« Die revolutionäre Sozialdemokratie muss in den kriegführenden Ländern mit allen ihren Kräften für augenblicklichen Frieden, in den neutralen Ländern für augenblickliche Demobilisation wirken. Gleichzeitig jedoch gibt sie den folgenden allgemeinen Leitfadern für die sofortige Aktion bei der Beendigung des Krieges:

Die revolutionäre Sozialdemokratie wird zur Einleitung des Kampfes gegen die besitzenden Klassen die folgenden Forderungen erheben:

A. Auf ökonomischem Gebiet.

1. Annullierung der Staatsschulden.
2. Enteignung der Banken.
3. Enteignung aller Grossbetriebe.
4. Konfiskation der Kriegsgewinne.
5. Besteuerung nur von Kapital und Einkommen.
6. Ausrichtung von Pensionen an alle Arbeiter, die nichts oder zuwenig verdienen.

B. Auf politischem Gebiet.

1. Demokratisierung aller vertretenden Körperschaften.
2. Abschaffung der Ersten Kammer des Senats usw.
3. Die Republik.
4. Den Achtstundentag.
5. Abschaffung aller Handelszölle.
6. Abschaffung des Militärsystems.

* * *

Arbeiter! Wir schlagen euch diese Forderungen vor als Leitfaden der Aktion in allen Ländern, der internationalen Aktion nach dem Kriege. Wir weisen euch nachdrücklich darauf hin, dass diese Forderungen im Plenum der Parlamente durch die Vertreter des revolutionären Proletariats gestellt werden müssen. Jedoch vor allem müssen sie von den Massen selbst gestellt werden, und zwar unmittelbar bei den ersten Besprechungen über den Frieden, *ehe die Heere nach Hause zurückgekehrt sind*. Und ihr könnt sie nur stellen, wenn eure Massen zum *Massenkampf aufstehen*. Ausserdem ruft die revolutionäre Sozialdemokratie schon heute zu einer sofortigen internationalen Zusammenkunft in jenem Augenblick auf, und zwar einer Zusammenkunft aller Parteien und Gruppen, die vor und während des Krieges den Imperialismus faktisch bekämpft haben.

Namens der R. S. V.:

H. Roland-Holst, Vors.

J. Visscher, Sekr.

Namens der S. D. P.:

D. J. Wynkoop, Vors.

J. Ceton, Sekr.

Berichte aus kriegführenden Ländern

Aus Deutschland.

Die in Deutschland in der Opposition stehenden Genossen haben nach der Abstimmung der Zwanzig im Reichstage folgendes Flugblatt verbreitet, das von einer klaren Fassung der Situation zeugt.

«Je mehr sich die Greuel des Weltkrieges ausdehnen, je stärker der politische Druck wirkt und je höher die wirtschaftliche Not wächst, je schärfer sich die Umrisse einer Zukunft abzeichnen, die der modernen Arbeiterklasse neue Lasten von noch nie erhörter Wucht auferlegen wird, um so mehr häufen sich die Anzeichen, dass die internationale Arbeiterbewegung, nach einem schweren Zusammenbruch, wieder ihren historischen Pflichten gerecht wird.

Ganz hat sie sich und ihre stolzen Erinnerungen ja nie vergessen. Selbst wenn wir uns auf die kriegführenden Völker beschränken, so dürfen wir mit hoher Genugtuung auf die unerschütterliche Haltung der *russischen, serbischen, italienischen* Brüder blicken und auf den unerschrockenen Kampf, den die unabhängige Arbeiterpartei in *England* gegen den Kriegswahnsinn führt. Auch in *Frankreich* regt es sich unter besonders schwierigen Verhältnissen immer lebhafter, und so haben sich in *Oesterreich* mutige Stimmen aus der Mitte des Proletariats erhoben, die zur Rückkehr auf die alten Schanzen mahnen.

In *Deutschland*, wo die offizielle Instanzenpolitik am tiefsten gefallen ist und die Verantwortung vor dem Richterstuhl der Geschichte am schwersten wiegt, erhoben sich von Anbeginn grosse und von Monat zu Monat wachsende Teile der Arbeiterklasse. Und nun haben sich am 21. Dezember bei der Entscheidung über die neuesten Kriegskredite die ablehnenden Stimmen im Reichstag auf zwanzig erhöht.

Diese Abstimmung kann der Anfang einer neuen Entwicklung werden, wenn die gebotenen Folgerungen daraus gezogen werden.

Die Fraktionsminderheit hat sich zu ihrem Schritt erst entschlossen, nachdem die Fraktionsmehrheit seit Jahr und Tag unsere wichtigsten Grundsätze verleugnet hatte, nachdem sie immer unverkennbarer ins Schlepptau der angeblich «gemässigten» Annexionspolitik des Reichskanzlers geraten war, und, noch nicht zufrieden mit dem Belagerungszustande, der die Press- und Versammlungsfreiheit beseitigt hat, der Fraktionsminderheit auch bei der Friedensinterpellation die Reichstagstribüne sperrte und sie an ihrem Teil durch einen Redner besetzte, der mit der Gewandtheit eines Taschenspieler aus den Reden des Reichskanzlers alles zu entfernen suchte, was die Arbeiterklasse vor künftigen Gefahren warnen konnte. Auch die Erklärung, womit die endliche Ablehnung der neuen Kredite begründet wurde, beschränkte sich

nur auf die augenblickliche Lage, wie sie durch die Reden des Reichskanzlers geschaffen worden war.

Ohne diese Opposition zu überschätzen, so kann sie — bei allen grundsätzlichen Vorbehalten gegenüber ihrer Erklärung — doch heilsame Folgen haben, wenn sie den taktischen Vorteil, der jetzt in ihre Hände gelegt ist, ausnützen wird. Es ist immer ein taktischer Vorteil, einen notwendigen Kampf in der Verteidigung zu beginnen, wenn anders die Verteidigung im rechten Augenblick zum Angriff überzugehen weiss. Die Kriegsgeschichte aller Völker und Zeiten lehrt, dass die Verteidigung als solche auf die Dauer ohnmächtig ist und stets zur Niederlage desjenigen Teils führt, der sich auf sie beschränkt. Aber sie lehrt auch, dass ein Krieg, der von der Verteidigung ausgeht, um im gegebenen Augenblick zum Angriff überzugehen, die sichersten Aussichten auf Sieg bietet. Nach dieser Methode hat einst die deutsche Sozialdemokratie das Sozialistengesetz unter ihre Füsse gezwungen.

Darnach lässt sich leicht die *Abstimmung der Zwanzig* vom 21. Dezember v. J. nach ihrer politischen Bedeutung bemessen. Bleibt es bei dieser einzelnen Handlung, so ist sie kein Nutzen, sondern ein Schaden, so macht sie die verfahrenere Lage noch verfahrenner, die herrschende Verwirrung noch verworrener. Dagegen kann sie eine neue Entwicklung einleiten, wenn die Minderheit in der Verteidigung nur festen Fuss gefasst hat, um zum Angriff überzugehen.

Ob das eine oder das andere geschehen wird, das zu entscheiden, Parteigenossen, liegt in eurer Hand. Ihr wisst, dass die Lose des proletarischen Klassenkampfes nicht auf parlamentarischem Boden fallen werden, dass die schwere Krise der deutschen Arbeiterbewegung auch dann noch nicht gelöst sein würde, wenn auch die Mehrheit der Reichstagsfraktion — was unter gewissen Voraussetzungen schon in absehbarer Zeit geschehen könnte — neue Kriegskredite verweigern sollte.

Der Sozialismus kann nur als Massenbewegung siegen, und so kommt es darauf an, dass die Massen ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen. Sie müssen rücksichtslos vorwärtsmarschieren, um den felsenfesten Grund ihrer Prinzipien von neuem zu erobern, sie müssen den Klassenkampf auf der ganzen Linie wieder aufnehmen und dem sogenannten Burgfrieden die täuschende Maske abreißen, hinter der sich der Belagerungszustand in seiner hässlichsten und widerwärtigsten Gestalt verbirgt.

Parteigenossen! Lasset euch nicht schrecken durch den Vorwurf des Disziplinbruchs. Die wahren Disziplinbrecher sind die, die den Schicksalsruf der modernen Arbeiterklasse: *Proletarier aller Länder, vereinigt euch!* verraten haben an den patriotischen Spektakel vom Durchhalten, der auf unabschreibbare Zeit eine tödliche Feindschaft zwischen den Arbeiterklassen der Kulturvölker säen muss. Lasset euch auch nicht schrecken durch die Vorspiegelung, dass, wer euch rate, das alte Banner der Partei wieder frank und frei zu entfalten, eure Organisation zerstören wolle. Ihr sollt im Gegenteil eure Organisationen desto fester zusammenschliessen, um eure Vertreter im Parlament und in der Presse vorwärtszutreiben auf der Bahn der Ehre und des Sieges. Lasset euch endlich nicht schrecken durch die Gefahren und Mühen des Kampfes. Es ist gewiss nicht wenig, was die gebieterische Pflicht eurer Klasse euch zumutet, aber doch auch nicht mehr, als was eure Grossväter und Väter in den glorreichen Tagen des Sozialistengesetzes vollbracht haben: nämlich trotz des rechtlosen Zustandes, der über euch verhängt worden ist, euren Willen als ein entscheidendes Gewicht in die Wagschale zu werfen.

Vor allem aber bedenkt, dass schon allzuviel Zeit verloren worden ist. Wohl gibt es ein Zu spät! nur für untergehende, nie für aufstrebende Klassen. Aber auch an diesen rächt es sich, wenn sie das Rechte nicht zur rechten Stunde tun. Und so erwägt wohl, dass jeder Tag, um den ihr den Kampf verzögert, der nach allen Gesetzen der geschichtlichen Entwicklung doch einmal von euch gekämpft werden muss, von euch oder euren Kindern mit einem hundertfachen Mass von Leid und Not gebüsst werden kann.

Und nun frisch ans Werk, Parteigenossen! Nützt in euren Organisationen die Abstimmung der Minderheit aus, um den proletarischen Klassenkampf zur alten Höhe und Schärfe zu erheben. Denn vor dem Richterstuhl der Geschichte seid am letzten Ende ihr verantwortlich und nicht eure Vertreter.»

Bericht aus Italien.

Einige Tage nach der Zimmerwalder Konferenz verkündete der «Avanti», jedenfalls in einem von der Zensur ziemlich verstümmelten Artikel, den italienischen Sozialisten, dass die Erneuerung der internationalen Beziehungen zwischen Vertretern verschiedener sozialistischer Sektionen stattgefunden hatte. Diese Nachricht wurde mit der grössten Freude von

der italienischen Partei begrüsst, was auch sofort in allen Zusammenkünften, die die Partei organisieren konnte, zum Vorschein kam. In den Vorstandssitzungen, die seither in Turin und Bologna stattgefunden, bekannte sich der Parteivorstand nicht nur zu den Beschlüssen der Zimmerwalder Konferenz, sondern empfiehlt den Vertretern der Partei im Parlament und in den Gemeinden, sich öffentlich zum Zimmerwalder Manifest zu bekennen und förderte die Parteizeitungen auf, es zu veröffentlichen. In Turin wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten, an der verschiedene Mitglieder des Parteivorstandes das Wort ergriffen. Die Zuhörerschaft stimmte begeistert der Zimmerwalder Konferenz zu. Hunderte von Sektionen veröffentlichten im «Avanti» ihre begeisterteste Zustimmung zur Zimmerwalder Zusammenkunft, ebenso verfahren die sozialistischen Gemeinden. In Monza verlas ein sozialistischer Gemeinderat das Zimmerwalder Manifest, worauf der Bürgermeister erklärte, das Manifest würde in den Gemeindeakten veröffentlicht werden. In dem Mailänder Gemeinderat sprach der sozialistische Bürgermeister ebenfalls, unter der Zustimmung der sozialistischen Gemeinderäte, vom Manifest; zur gleichen Zeit verbreiteten die Jugendlichen dasselbe Manifest im Mailänder Gemeindegarten. Die Konferenz der sozialistischen Gemeinderäte, die im Dezember in Bologna stattfand, begann ihre Verhandlungen mit einer Zustimmung zu den Zimmerwalder Beschlüssen.

Trotz des Zensurverbotes veröffentlichte der «Avanti» den Text des Manifestes, zahlreiche Parteiorgane folgten dem Beispiele des Zentralorgans.

Als im Dezember das italienische Parlament zum ersten Male nach der italienisch-österreichischen Kriegserklärung zusammenkam, berief sich Genosse Treves im Auftrage der Fraktion in seiner Rede gegen die Regierungspolitik auf das Zimmerwalder Manifest. Die von den übrigen Genossen Modigliani, Mazzoni, Turati, Dugoni, Bentini gehaltenen Reden waren vom selben kriegsfeindlichen Geiste beseelt. Bezeichnend für die in Italien herrschende Stimmung ist der Umstand, dass, während die Erklärung, die Turati im Namen der Fraktion im Mai bei Anlass der Kriegserklärung abgab, vom Parlamente kaum geduldet wurde, die Reden, die die sozialistischen Abgeordneten jetzt hielten, trotz ihres scharf oppositionellen Inhaltes der verbrecherischen Politik der bürgerlichen Parteien gegenüber, mit grossem Interesse und gewisser Beängstigung vom Parlamente aufgenommen wurden. Selbstverständlich stimmten alle 43 damals anwesenden Mitglieder der sozialistischen Fraktion gegen Salandras Erklärungen.

Fügen wir noch hinzu, dass auch die italienischen Gewerkschaften (Confederazione Generale del Lavoro) dem Zimmerwalder Manifest zugestimmt (es handelt sich um etwa 300,000 organisierte Arbeiter) und den Gewerkschaftssekretär Rigola zum Vertreter bei den nächsten internationalen Zusammenkünften ernannte, so ergibt es sich, dass alle Organe der italienischen Sektion der Internationalen — sowohl die politischen wie die ökonomischen — ihrer Pflicht gemäss auf dem Boden der Internationalen geblieben sind.

Gewiss hat es auch in den Reihen der italienischen Sozialdemokratie einige Zögernde und Wankende gegeben und gerade in der Frage der Vaterlandsverteidigung, in dem Unterscheiden zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg, in dem Wunsche wenigstens, dem eigenen Heere und der Entente den Sieg wünschen zu dürfen. Die Masse der Parteigenossen und Proletarier aber hat mit sicherem Instinkt den Abgrund eingesehen, der das Proletariat von den bürgerlichen Interessen immer und besonders während des Krieges trennt, und ist nicht darauf eingegangen, dem Wunsche einiger Genossen bürgerlicher Herkunft gemäss, dem Nationalismus irgendwelche Eingeständnisse zu machen. Auf praktischem Gebiete hat sich das Zögern in der Frage der Beteiligung an den nationalen Unterstützungskomitees wie folgt geäussert: der Parteivorstand hatte den Genossen die Beteiligung an denselben freigelassen unter der Bedingung, sie sollten die Komitees verlassen, sobald von ihnen irgendein Schritt unternommen würde, der den sozialistischen Grundlinien widerspräche. Was die Komitees für die nationale Anleihe betrifft, so haben sich die Genossen gegen die Beteiligung an ihnen ausgesprochen. Charakteristisch ist das in Reggio Emilio sich zugetragen: In dieser Stadt, deren Vertreter im Parlament und Gemeinde seit lange Parteigenossen sind und deren Bevölkerung zum grössten Teile sozialistisch ist, haben bewährte Genossen, unter ihnen ein Abgeordneter und ein Mitglied des Provinzialrates einen Aufruf zugunsten der nationalen Anleihe unterschrieben, wurden aber sofort von den Genossen aufgefordert, ihre Unterschriften zurückzuziehen. Die Stellung der italienischen Sozialisten zum Kriege und zu den Kriegsschürern wird auch durch folgendes Vorkommnis gekennzeichnet: «Als letzthin Herr Mussolini nach Ferrara kam, hielten es zwei Genossen, Mitglieder des Gemeinde- und des Provinzialrates, für angemessen, ihn zu einem Besuche einzuladen, und zwar in den Gemeindegarten. Die betreffenden Genossen, die seit langer Zeit in der Bewegung tätig sind, wurden ohne weiteres aus der Partei ausgeschlossen, und zwar unter der Begründung, dass Mussolini den elendesten Verrat an der Partei verkörpert.»

Was die allgemeine Stimmung im italienischen Volke betrifft, ist festzustellen, dass die Unzufriedenheit mit dem Kriege nicht nur in den sozialistischen und den unteren Volksschichten zum Vorschein kommt, sondern auch in denjenigen Schichten und Parteien, die den Krieg gewollt haben: sie wälzen die Verantwortung für den Kriegsausbruch von den eigenen Schultern auf die fremden. Die Soldaten sind kriegsmüde, die von der Front zurückkehrenden wie in den Schützengräben weilenden; die ersteren wissen von zahlreichen Annäherungsversuchen unter österreichischen und italienischen Soldaten und Offizieren zu erzählen. Von Hass ist keine Spur vorhanden. Der Grad der Unzufriedenheit der im Land gebliebenen Proletarier und Proletarierinnen hängt davon ab, ob in den einzelnen Ortschaften Industrie und besonders Kriegsindustrie vorherrscht, in so einem Falle, da die Abwesenheit der Männer nicht so bedeutend ist wie anderswo und die Löhne höher sind als gewöhnlich, sind die Folgen des Krieges nicht so zu spüren wie in ländlichen und industriearmen Bezirken. . .

Die sozialistische Partei erfreut sich einer stets wachsenden Sympathie: die Ereignisse haben die Richtigkeit der von ihr von anfang des Krieges eingenommenen Stellung vollständig bestätigt. Gewiss haben einige Umstände die Stellung der Partei, besonders während der ersten Monate des europäischen Krieges, erleichtert, allein heute wie gestern und morgen ebenso wie heute wird die Partei alle Anstrengungen machen, um auf dem Boden des Klassenkampfes zu beharren, um der sozialistischen Internationalen treu zu bleiben. Sie hat ihre Verantwortung streng von der der herrschenden Klassen und der Regierung getrennt. Sie kämpft für die Sache des internationalen Proletariats, für die Grundsätze des Sozialismus; ihre Fahne ist die Fahne der Internationalen, ihre Hoffnung und ihre Zuversicht wendet sie der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und Tätigkeit des Proletariats zu, und zwar dem Kampfe gegen den einzigen Feind des Weltproletariats, gegen den ausbeuterischen, militaristischen, imperialistischen Kapitalismus.

Die British Socialist Party und die Zimmerwalder Aktion.

Wie wir dem *Socialist Record* entnehmen fand in der British Socialist Party eine Umfrage unter den Sektionen über ihre Stellungnahme zur Zimmerwalder Aktion statt. Das genannte Blatt veröffentlicht in seiner Februarnummer die Resultate der Umfrage einiger Sektionen, die wir nachstehend in getreuer Uebersetzung wiedergeben.

Mitgliedschaft North West Ham. «Diese Konferenz der Britischen Sozialistischen Partei erklärt, dass der Krieg die Unfähigkeit des Kapitalismus, den Frieden zwischen den Völkern aufrechtzuerhalten und die Rechte der kleinen am Krieg beteiligten Nationen zu schützen, erwiesen hat. Sie macht das Volk aufmerksam auf die unbedingte Notwendigkeit, den internationalen Kampf der Arbeiterklasse gegen das ganze kapitalistische Regime einheitlich wieder weiterzuführen, und erklärt, dass nur der Sieg des Klassenkampfes, die Wiederherstellung der internationalen Sozialdemokratie die Ketten der nationalen Unterdrückung zerschneiden, die Fremdherrschaft vernichten und inmitten einer Internationalen von gleichen und vereinigten Völkern jedem Volke die Möglichkeit einer freien und vollen Entwicklung gewähren wird. Sie übermittelt brüderliche Grüsse an die Arbeiter der Welt und, Seite an Seite mit den sozialistischen Minoritäten in Frankreich und Deutschland, die den Prinzipien des internationalen Sozialismus treu geblieben sind, erklärt sie, dass sie ihre Bemühungen aufnehmen und den ganzen Einfluss der Partei in unserem Lande ausüben wird, um eine baldige Beendigung des jetzigen Bruderkampfes herbeizuführen.»

Mitgliedschaft Salford-Süd. «Mit der tiefsten Bewunderung fühlt sich diese Konferenz einig mit den Genossen der kriegsführenden Länder, die, ungeachtet der Unterdrückung und der Verfolgungen, den früheren Prinzipien des revolutionären Sozialismus und der proletarischen Internationalen treu geblieben sind und die es mit aller Macht abgelehnt haben, in irgendwelche kompromittierende Beziehungen mit ihren respektiven kapitalistischen Parteien und Regierungen einzugehen. Mit besonderer Genugtuung erwähnen wir in dieser Hinsicht die sozialistischen Mitglieder der russischen Duma, die die Treue zur unserer Sache über alles andere gestellt und deshalb eine lebenslängliche Verbannung und somit ihre Stellung ausserhalb des Gesetzes erduldet haben. Die Konferenz erklärt, dass sie überzeugt ist, dass die Bemühungen dieser überzeugungstreuen Kämpfer in allen Ländern die Grundlagen der wahren Internationalen finden werden und dass der Pfad, den sie jetzt mit ihren Leiden gepflastert haben, endlich zu einer breiten Strasse sich erweitern wird, der folgend, die Arbeiter der ganzen Welt ihre geschichtliche Aufgabe werden erfüllen können.»

Mitgliedschaft Sheffield. «Diese Konferenz ist der Meinung, dass Kriege zwischen den kapitalistischen Staaten in der Regel nichts anderes sind als das Resultat ihres Konkurrenz-

kampfes auf dem Weltmarkt und dass der jetzige Krieg keine Ausnahme von dieser Regel bildet. Sie ist der Meinung, dass die Arbeiterklasse der kriegführenden Staaten nicht imstande ist, durch die Fortsetzung des Krieges etwas zu gewinnen; der Krieg vermehrt nur ihre Leiden und vergrössert die Gewalt Herrschaft, der sie unterworfen sind. Deshalb ist sie der Meinung, dass es im Interesse der Arbeiterklasse ist, zu wünschen, es möge der Friede sofort geschlossen werden.»

Mitgliedschaft London-Stadt. «Diese Konferenz der Britischen Sozialistischen Partei ist mit der Tätigkeit des Exekutivkomitees, das die Zimmerwalder Konferenz anerkannte, nicht einverstanden. Sie ist gegen den Versuch, die Bemühungen dieser Konferenz zu unterstützen und zu erweitern, denn diese Tätigkeit ist nicht nur darauf gerichtet, unsere französischen, belgischen und andere Parteigenossen zu diskreditieren, sondern bedeutet auch einen Vorwurf gegenüber dem internationalen sozialistischen Bureau, dem wir durch die Arbeiterpartei unmittelbar angehören.»

Mitgliedschaft Kentish Town. «Diese Konferenz der Britischen Sozialistischen Partei ist mit der Tätigkeit der Mitglieder des Exekutivkomitees einverstanden, die dafür gestimmt haben, da-s ein Delegierter bestimmt werde, um an der internationalen Sozialistenkonferenz teilzunehmen, die im September vorigen Jahres in Zimmerwald abgehalten wurde, und erhebt strengen Protest gegen die Regierung, die sich geweigert hat, diesem Delegierten den Pass auszustellen. Mit Freuden begrüsst sie das grossartige Manifest dieser Konferenz, das die Parteigenossen zur einheitlichen Arbeit für den Frieden aufruft und beauftragt das Exekutivkomitee, die provisorische Kommission, die von dieser Konferenz eingesetzt wurde, weiter zu unterstützen, damit ihre Bemühungen, die internationalen Beziehungen der Genossen der kriegführenden Länder wieder aufzunehmen, mit Erfolg gekrönt werden.»

«Diese Konferenz verurteilt aufs schärfste die Tätigkeit der sogenannten Genossen, die unter dem Deckmantel des Militarismus, Verteidigung der kleinen Nationen und der Grenzen den Krieg verteidigen; denn das alles ist gegen die wissenschaftlich bewiesene wirtschaftliche Entwicklung. Sie ist der Meinung, dass alle Hindernisse, die die Arbeiterklasse zersplittern und den Interessen der Unterdrückterklasse zugute kommen, niederzureissen sind, und verpflichtet sich, nur einen Krieg zu führen — den Klassenkrieg.»

Sektion South Salford-Mitgliedschaft. «In Erwägung, dass der Militarismus und der Marinismus der modernen Staaten nur im Interesse der kapitalistischen Klassen der betreffenden Staaten unterhalten und verwendet werden und dass, was die Interessen der Arbeiterklasse betrifft, kein Unterschied zu machen ist zwischen der Politik der einzelnen kapitalistisch-imperialistischen Staaten, erklärt die Konferenz, dass sie ihre Verantwortung aufs entschiedenste von der kriegführenden Politik trennt und erklärt in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des internationalen Sozialismus ferner, dass der gegenwärtige Krieg ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt und dass unter den Arbeitern der kriegführenden Nationen keinerlei Grund zu Streitigkeiten vorhanden ist.»

Die Zentral Hackney-Sektion. «Die Konferenz gibt dem Wunsche für ein rasches Ende des Krieges Ausdruck, eines Krieges, der nach fast zwei Jahren unvergleichbarer Opfer an menschlichen Leben und Gütern nur die Zertrümmerung der von ganzen Generationen durch einen mühsamen Kampf gegen den Kapitalismus errungener Freiheiten erzeugt, eines Krieges, der sämtliche politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse zu zerstören droht.

Je länger der Krieg dauert, um so mehr komplizieren sich die einzelnen in Betracht kommenden Probleme und um so unmöglicher werden ihre Lösungen, um so karger die Aussichten auf einen zufriedenstellenden Frieden. Die militärische Vernichtung einer der kämpfenden Seiten oder aber die beiderseitige Erschöpfung muss unvermeidlich die Gefahr zukünftiger Kriege in sich bergen.

Trotz der grauenvollen Vorkommnisse auf dem Schlachtfelde beteuert die Konferenz ihren unerschütterlichen Glauben in die internationale Solidarität der Arbeiterklasse, und indem sie erklärt, dass ein dauernder Friede nur durch die Abschaffung des Kapitalismus zu erzielen ist, sieht sie die einzige Möglichkeit für die Beendigung dieses schrecklichen Krieges in der gemeinsamen Forderung seitens der internationalen Arbeiterklasse, eines sofortigen Friedens.

Eines Friedens, der allen Nationen vollständige Freiheit und Autonomie sichert, die besetzten Landesteile befreit und keine Annexionen ohne Einverständnis der in Frage kommenden Nationen duldet.

Um das angestrebte Ziel zu erreichen, beauftragt der Kongress den Parteivorstand, die nötigen Schritte zu unternehmen, um die sofortige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen zu ermöglichen, da diese Wiederaufnahme die erste Bedingung für eine einheitliche sozialistische Friedenspropaganda darstellt.»

Bericht aus Bulgarien.

Die zehn politischen Parteien Bulgariens sind im Parlament (der Sobranje) proportional vertreten. Drei von ihnen, nämlich die liberalen Parteien, bilden den *regierenden Block*, auf den die Regierung des Herrn Radoslawow sich stützt. Die übrigen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, die sogenannten «weitherzigen Sozialisten» inbegriffen, zusammen sechs, bilden den *oppositionellen Block*. Eine ganz unabhängige, dem regierenden und dem oppositionellen Block gleich entgegengestellte Stellung nimmt die *sozialdemokratische Arbeiterpartei* (die «Engherzigen») mit ihren elf Abgeordneten ein. (Die Sobranje besteht im ganzen aus 244 Abgeordneten.) Der Kampf zwischen der Regierung und dem oppositionellen Block drehte sich um die Staatsgewalt und diente den Zwecken enger Cliques. Die Sozialdemokratie führte im Gegenteil einen prinzipiellen Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie und den Monarchismus, indem sie überall die Klasseninteressen des Proletariats verteidigte. Dank dieser unzweideutigen und unversöhnlichen Stellung wurde sie in gleicher Masse von der Regierungsmehrheit wie auch von der bürgerlichen und der kleinbürgerlichen Opposition angegriffen.

Ihrer *äusseren Politik* nach, die vom Tage des Ausbruches des Weltkrieges für das Land eine ausschlaggebende Bedeutung erhielt, charakterisierten sich die politischen Gruppierungen folgendermassen: Der regierende Block war *germanophil*; seine Politik fand ihren Ausdruck in dem Brief vom 6. Juli 1913, der von den Führern der drei liberalen Parteien an den Zaren Ferdinand gerichtet wurde und erklärte, dass die Rettung Bulgariens und seine Zukunft nur in einer Annäherungspolitik an die Zentralmächte zu suchen sei. Der oppositionelle Block war *russophil*. Von den extremen Russophilen (Partei Danew) beginnend, die mit Russland überhaupt keine selbständige Politik machen wollen, bis zu den weitherzigen «Sozialisten», die die russophile Stellung mit dem Klassenkampf des Proletariats für vereinbar halten, unterstützte er eine Annäherungspolitik an die Entente. Die Sozialdemokratie kämpfte mit der gleichen Schärfe gegen die germanophile wie gegen die russophile Politik, indem sie immer die Politik der *Vereinigung aller Balkanvölker zu einer demokratischen, föderativen Republik* unterstützte.

Der Kampf zwischen den Germanophilen und den Russophilen wurde seitens der interessierten Gruppen der kriegführenden Mächte mit allen Mitteln unterstützt. Sie korrumpierten einflussreiche politische Führer, gründeten Zeitungen, verbreiteten zweckentsprechende Literatur und schürten zum Aufruhr. In dieser Beziehung haben sich besonders die Agenten der Entente ausgezeichnet. Sie haben eine grosse Korruptionsaffäre inszeniert (Affäre Desclosieres), indem sie zirka 30 Millionen Franken für einen eigenartigen Getreideankauf vorschossen. In dieser Affäre wurde die gesamte Gruppe Genadjew (von der alten volks-liberalen Partei) sowie einige Abgeordnete der Agrargruppe korrumpiert. Die Gruppe Genadjew für ihre Zwecke an sich ziehend, strebte die Entente darnach, die Regierung Radoslawows in eine Minderheit zu bringen und eine Ministerkrise hervorzurufen; die korrumpierten Agrarier suchte sie für eine russophile Volksbewegung auszunützen. Die sozialdemokratische Partei hat es niemals unterlassen, von den beiden kämpfenden Gruppen die verräterische Maske herunterzureissen und für die interbalkanische föderative Republik zu agitieren. Aber noch mehr. In Erfüllung der Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kongresse haben ihre parlamentarischen Vertreter in der Sobranje zwei Anträge eingebracht:

1. die Regierung einzuladen, sich mit den neutralen Mächten zu verständigen, behufs gemeinsamer Schritte bei den Kriegführenden zwecks Beendigung des Krieges;

2. im Namen der bulgarischen Sobranje an die Parlamente der übrigen Balkanstaaten einen Appell zu richten, damit Verhandlungen zwecks Annäherung aller Balkanvölker begonnen werden.

Selbstverständlich wurden diese Anträge abgelehnt, selbst die weitherzigen «Sozialisten» stimmten dagegen. Aber als praktischer Ausdruck der Politik der Sozialdemokratie gegen den Krieg und für die föderative Republik, haben sie einen starken Widerhall in den proletarischen und den Volksmassen gefunden.

Die Volksmassen (die Bauern) sind in Bulgarien russophil. Aber es ist ein Irrtum, anzunehmen, dass sie für den Krieg auf seiten Russlands waren. Die russophilen Neigungen sind nur ein Gefühl, aber nicht zum mindesten ein *politisches Programm*. Die russophilen Parteien beuteten dieses Gefühl aus, indem sie gegen die Wünsche des Volkes, dieses in einen Krieg hineinzuziehen, bestrebt waren. Die Abneigung des Volkes gegen den Krieg war aber doch so gross, dass die russophilen Parteien es nicht wagten, den Krieg offen zu propagieren, sondern nur von einer Orientierung der bulgarischen Politik im Einvernehmen mit der Entente sprachen.

Auch die germanophile Regierung wagte nicht, für den Krieg aufzutreten. Sie machte sogar aus der Neutralität eine Losung und geisselte energisch die kriegerischen Russophilen. Aber indem sie im voraus beschlossen hatte, das Land an der Seite der Zentralmächte in den Krieg hineinzuziehen, arbeitete sie systematisch für den Erfolg ihrer Politik. Ein ganzes Jahr vor dem Eintritt in den Krieg hatte sie schon das Land als im Kriegszustand erklärt, die politische Zensur eingeführt, trotzdem diese von der Verfassung ausdrücklich verboten wird, Kriegsfeldgerichte errichtet und alle politischen Freiheiten aufgehoben.

Mit besonderer Schärfe ging die Regierung mit ihrem Terror gegen die *Sozialdemokratie* vor, die die einzige war, welche eine entschiedene Propaganda und Agitation gegen den sich vorbereitenden Krieg führte. Sie veranstaltete grosse Protestversammlungen, oft trotz des Polizeiverbotes, Versammlungen, die von Zusammenstößen mit der Gendarmerie und der Polizei und von Verhaftungen begleitet wurden. Trotzdem ist es der Sozialdemokratie gelungen, zwei grosse interbalkanische Manifestationen in Sofia zugunsten des Friedens und der föderativen Republik zu veranstalten, und zwar unter Teilnahme von Vertretern des serbischen, rumänischen und griechischen Proletariats. Auch hat die Sozialdemokratie eine energische schriftliche Agitation entfaltet, indem sie Broschüren, Zeitungen und Flugblätter in Zehntausenden von Exemplaren verbreitete.

Die Tätigkeit der Sozialdemokratie mit terroristischen Massnahmen bekämpfend, schuf die Regierung aber auch andere Bedingungen für ein entschiedenes Auftreten. Es gelang ihr mit der *Türkei* ein *Abkommen* abzuschliessen, kraft dessen die *Türkei* das *Maritzatal* an Bulgarien abtrat. Auf solche Weise gelang es ihr teilweise, die nach der *Türkei* orientierten Aspirationen des bulgarischen Nationalismus zu befriedigen. Sie nützte das serbische terroristische Regime in Mazedonien aus und inszenierte mit Hilfe der mazedonischen Revolutionäre (der *Kommitatschi*) die *Valandovo-Affäre*. Sie nützte die hartnäckige Absage der serbischen Regierung in bezug auf die Abtretung Mazedoniens an Bulgarien aus, um der nationalistischen Bourgeoisie zu zeigen, dass von dem Siege der Entente für die Verwirklichung der bulgarischen nationalen Ideale nichts zu erwarten sei. Endlich nützte sie die Zusammenziehung der serbischen Armee an der bulgarischen Grenze aus, um die Mobilisation der bulgarischen Armee anzuordnen. Dazu kam noch als erwünschter Anlass das unqualifizierbare Ultimatum der Entente, welchem die Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen mit der bulgarischen Regierung folgte, was der letzten einen Anlass gab, am 14. Oktober den Krieg an Serbien zu erklären.

Diese Ereignisse entwaffneten die russophile Opposition vollständig, die bei der Mobilisationserklärung einen Versuch unternahm, durch die Demagogen der Agrargruppe eine Erhebung hervorzurufen. Der Führer der Agrarier, *Stambolijski*, der nur ein Werkzeug der Entente war, richtete während einer Audienz beim Zaren *Ferdinand* Drohungen gegen ihn. Der Bericht über diese Audienz wurde von den Russophilen in vielen Exemplaren verbreitet. Der Regierung gelang es, den Versuch einer Erhebung zu unterdrücken, indem sie *Stambolijski* verhaftete und zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilte, anderen mehrjährige Gefängnisstrafen zudiktierte und ein paar Dutzend Soldaten fusillierte.

Die Sozialdemokratie unterbrach ihren selbständigen Kampf für den Frieden trotz der Zensur nicht. Am 20. September richtete die sozialdemokratische Fraktion an die Arbeiterklasse ein Manifest, worin sie nochmals mit scharfen Worten die verbrecherische kriegerische Politik der Regierung und der russophilen Agenten geisselte und die Arbeiter aufforderte, sich zum Kampfe für die Beibehaltung des Friedens zu erheben, für die Aufhebung des Kriegszustandes und der Zensur, für die Einberufung des Parlaments, für die Bekämpfung der Spekulation usw. zu wirken. Dieses Manifest gab nun der Regierung Anlass, ihren Hass gegen die Sozialdemokratie zu zeigen. Sie beschuldigte die sozialdemokratischen Abgeordneten des *Hochverrats* und lieferte sie dem Kriegsfeldgericht aus. Unter den Fraktionsmitgliedern waren auch alle Mitglieder des Zentralkomitees der Partei. *Trotz der Immunität, die sie als Abgeordnete genossen, wurden einige von ihnen verhaftet und erst später gegen Kaution auf freien Fuss gestellt.* Der Prozess ist noch beim Kriegsfeldgericht anhängig. Das Feldgericht hat aber bereits einen Bürger zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, nur weil bei ihm ein Exemplar des Manifestes gefunden wurde. Aus diesem Anlass unternahm die Polizei viele Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in den Arbeiterklubs und bei den verdächtigten Genossen.

Nun lastet auf dem Lande eine furchtbare Militärdiktatur, die jedes politische Leben erdrückt. Alle Verfassungsgarantien haben aufgehört zu existieren. Alle Versammlungen, öffentliche wie private, politische wie gewerkschaftliche, und Bildungszwecke anstrebende Zusammenkünfte sind

verboten. Die Zensur unterdrückt unerbittlich den kleinsten Versuch der Sozialdemokratischen Partei, eine schriftliche Agitation zu führen. Das Zentralorgan der Partei existiert, aber unter unerträglichen Zuständen. Es unterliegt einer zweifachen, ja dreifachen Präventivzensur. Und trotzdem wurden noch einige zensurierte Nummern konfisziert. Dabei erlaubt man nicht zu schreiben oder irgendwie anzudeuten, dass eine Zensur besteht. Schon einige Male hat die Regierung versucht, das Zentralorgan « *Rabotnitscheski Westnik* » zu beeinflussen, wie sie es mit den Redaktionen aller Zeitungen getan hat. Sie schlug vor, einige tausend Exemplare aller Zeitungen für die Armee zu kaufen. Nur die Redaktion des Zentralorgans der Partei wies diesen Korruptionsantrag mit Entrüstung zurück. Aber deshalb muss sie sehr viel leiden. Oft streicht die Zensur das ganze Material durch, mit Ausnahme der offiziellen Bekanntmachungen, und droht jeden Tag mit dem Verbot des Organs. Die Zeitung wird in der Armee, an der Front und in den okkupierten Gebieten nicht zugelassen. *Trotzdem ist es der Redaktion gelungen, das Zimmerwalder Manifest und einen ausführlichen Bericht über die Konferenz zu veröffentlichen.*

Die Mobilisation entzog fast 80 Prozent der Parteimitglieder. Die Behörden requirierten in vielen Gegenden (auch in Sofia) die Parteiklubs. Trotzdem wurde die Aktion der Partei nicht unterbrochen. Sehr wertvoll ist die Agitation, die von den *sozialdemokratischen Frauen* geführt wird, die enge Verbindungen mit den Arbeiterfamilien aufrecht erhalten.

Infolge der unverschämten Spekulation mit Lebensmitteln und der grossen Teuerung sind die Arbeitermassen, besonders in den Städten, in grosse Not und Elend geraten. Ja, sie hungern direkt. Die Regierung zahlt den Familien der Mobilisierten kleine Unterstützungen, die bei weitem nicht ausreichen. Das Elend, das immer mehr auch die Dörfer ergreift, erdrosselt die Volksmassen. Als Ausdruck der Empörung gegen die Regierung entstehen oft stürmische Demonstrationen. Eine solche Demonstration vor dem Gemeindevorstand (der *Mairie*) der Stadt *Ssamokow* gab Anlass zur Auslieferung des Genossen *Dr. Petrow* an das Feldgericht. Er wurde als Anstifter zu 2½ Jahren schweren Gefängnisses verurteilt und sitzt schon hinter Schloss und Riegel. Die Parteiorganisationen und die Gewerkschaften sind bestrebt, eine Hilfsaktion für die Familien der mobilisierten Mitglieder zu organisieren. Diese Aktion ist jetzt noch schwerer geworden, da es notwendig ist, auch die serbischen Genossen in den okkupierten Gebieten zu unterstützen, die sich in einer furchterlichen Not befinden.

Am 27. Dezember 1915 wurde das Parlament eröffnet. Bei der Abstimmung für die Kriegskredite wollte die Regierung eine Demonstration der Einigkeit aller Parteien veranstalten. Die Einmütigkeit wurde aber durch die sozialdemokratische Fraktion, die in ihrer Erklärung ihrer entschiedenen Stellung gegen den Krieg, gegen die Vernichtung des serbischen Volkes Ausdruck gab und *gegen die Kriegskredite stimmte*, gestört. Die weitherzige « sozialistische » Gruppe erklärte in einer zweideutigen Deklaration, worin der befreiende und der nationale Charakter des Krieges unterstrichen war, dass sie sich der Stimmabgabe enthalte. Die sozialdemokratische Fraktion behielt ihre prinzipiell negative Stellung gegen den Krieg bei der Erörterung aller Vorlagen. Sie nützte mehrmals die Gelegenheit aus, um das Ausnahmeregime zu geisseln, welchem die Bevölkerung in Serbien unterworfen ist, und gegen die Politik der Entnationalisierung zu protestieren, die alle Parteien für Serbien befürworten.

Die Sozialdemokratie in Bulgarien ist, wie zur Zeit der Balkankriege 1913/14, so auch jetzt, dem Sozialismus und der internationalen Solidarität treu geblieben. Sie hat keinen Burgfrieden geschlossen, sondern führt den Klassenkampf des Proletariats unentwegt und trotz der grossen Opfer immer weiter vorwärts.

Tätigkeitsbericht der lettischen Sozialdemokratie.

Die lettische Sozialdemokratie hat immer in den ersten Reihen des revolutionären russischen Proletariats gestanden. Diesen Posten hat sie auch während des Krieges behauptet, trotz aller Gefahren und Verfolgungen, trotz der verzweifelt schwierigen Situation. Es genügt zu sagen, dass die Sozialdemokratie Lettlands im Laufe des ersten Kriegsjahres zirka 40 Aufrufe gegen den Krieg in einer Gesamtzahl von mehr als 500,000 Exemplaren verbreitet, dass sie eine unablässige revolutionäre Agitation gegen den Krieg in den Fabriken und in den Kasernen, unter den Arbeitern und unter den Soldaten und Rekruten geführt hat und dass ihr agitatorischer und organisatorischer Einfluss über die Grenzen der Ostseeprovinzen hinausgereicht hat. Man denke: eine halbe Million Flugblätter gegen den Krieg — während des Krieges!

Vor uns liegen etwa 40 Aufrufe sowie einzelne Nummern der illegalen, im Inlande herausgegebenen Parteiorgane, so dass wir uns ein ziemlich klares Bild von der Tätigkeit der lettischen Sozialdemokratie entwerfen können. Das organisierte Proletariat Lettlands wurde ebenso plötzlich vom Ausbruch des Krieges überrascht wie die grossen westeuropäischen sozialistischen Parteien; jeglicher Verkehr mit dem Auslande war abgeschnitten, die Arbeiterpresse fiel unter dem Beil des Kriegszustandes, Hunderte von aktiven Genossen in den Militärdienst eingezogen, über die ganze Arbeiterbewegung Militärdiktatur verhängt! Ringsum im Lande patriotischer Kriegstaumel, die nationale Bourgeoisie bestrebt, ihre «Loyalität» zu bezeugen, weite Volksschichten von Bestürzung und Panik ergriffen, weil damals eine Invasion des deutschen Heeres jeden Tag zu befürchten war. Fürwahr, eine Situation, wo — wie Kautsky es so belehrend auseinandergesetzt hat — «zunächst alle zu Patrioten werden, auch die international Gesinnten, und wenn einzelne den übermenschlichen Mut haben sollten, sich dagegen auflehnen... zu wollen...», so brauchte die Regierung keinen Finger zu rühren, sie unschädlich zu machen. Die wütende Menge würde sie selbst erschlagen.» (Siehe K. Kautsky: Die Internationalität und der Krieg, Seite 33.) Nun — die lettische Sozialdemokratie hat diesen Mut gehabt; sie ist nicht «erschlagen» worden; sie hat vielmehr das unerschütterliche Vertrauen der proletarischen Massen Lettlands erworben. Ihre Losungen aber lauteten vom ersten Kriegstage an: Krieg dem Kriege! Es lebe der revolutionäre Massenkampf und die internationale proletarische Solidarität!

Die Arbeiterschaft Lettlands hat keinen Burgfrieden geschlossen und hat den Klassenkampf mit allen Mitteln fortgesetzt. Wir können hier leider nicht auf die Tätigkeit eingehen, die unter dem Kriegszustande von der lettischen Sozialdemokratie in den gewerkschaftlichen Organisationen, in den genossenschaftlichen und kulturellen Vereinen sowie auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung entfaltet wurde. Die Partei war bestrebt, alles zu tun und nichts zu unterlassen, was den Interessen der Arbeiterklasse dienlich sein konnte. Doch in diesem Artikel wollen wir nur darüber berichten, was die lettische Sozialdemokratie speziell gegen den Krieg getan hat.

Die politische Arbeiterpresse in den Ostseeprovinzen sowie auch in ganz Russland war vernichtet, und so versuchte die Parteileitung zunächst, ihre grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Krieg in unserem gewerkschaftlichen Organ (Jaunais Arodneeks) zum Ausdruck zu bringen, soweit das nun unter der russischen Kriegszensur möglich war. Es erschienen im ganzen vierundzwanzig Nummern von unserm gewerkschaftlichen Organ, dann wurde es im März 1915 von den Behörden verboten. Unterdessen waren schon seit dem Kriegsbeginn unsere illegalen Parteidruckereien an die Arbeit getreten und warfen jetzt fast jede Woche Zehntausende von revolutionären Proklamationen über das ganze baltische Gebiet. Ein zentrales Organ für die Parteiangelegenheiten («Der Bote») wurde gegründet und eine propagandistische Zeitschrift («Der Kampfgenosse») geschaffen, die ebenfalls in unsern Geheimdruckereien fertiggestellt wurden (bis zum Juni 1915 waren vom «Boten» vier und vom «Kampfgenossen» zehn Nummern in einer Auflage von je 4000 Exemplaren erschienen). Was enthalten und was bezwecken diese Flugblätter?

Es sind einfache sozialistische Wahrheiten, von denen aber in dieser traurigen Zeit leider so viele Genossen und so viele Führer der alten sozialistischen Parteien sich abgewandt haben: der gegenwärtige Krieg dient nur den imperialistischen Interessen der herrschenden Klassen; der Krieg bringt den arbeitenden Massen weder Befreiung noch Erleichterung, sondern nur Jammer, Not und Elend. Der Feind ist die herrschende kapitalistische Klasse und die Regierung des eigenen Landes, nicht das Proletariat der feindlichen kriegführenden Länder. Das Proletariat hat kein «Vaterland» zu verteidigen, sondern seine internationale Solidarität zu wahren; der einzige Krieg, den die Arbeiterklasse zu führen hat, ist der revolutionäre Massenkampf für die Ziele des Sozialismus. Vor allem räumen die Flugblätter der lettischen Sozialdemokratie gründlich auf mit dem Märchen des «Befreiungskrieges» — es genügt ja, nur die verruchte barbarische Gewaltherrschaft des Zarismus sich vor die Augen zu führen. «O Volk!» heisst es in einem Aufrufe (August 1914), «deine besten Söhne hast du in diesem Kriege dem Zarismus als Schlachtopfer ausgeliefert — durch ihren Tod erkauft du Freiheit weder dir noch ihnen, du schmiedest Fesseln deiner eigenen Sklaverei!» Und an einer andern Stelle: «Brüder — Soldaten, behaltet dies im Sinne: der wahre Feind, der Jahrhunderte hindurch das Volk geknechtet und bedrückt hat, — die zaristische Regierung und die einheimische Junkerschaft — sie bleiben hinter eurem Rücken, um das Volk noch weiter im Joche zu halten. Die Freiheit des Volkes muss erst von uns erkämpft sein, bevor wir sie vor anderer Angriffe verteidigen können:

nicht gegen unsere Brüder, die deutschen Arbeiter, sollen wir uns zum Kampfe rüsten, sondern stürzen wollen und müssen wir die Gewalthaber im eigenen Lande!»

Man sieht, diese Flugblätter führen eine andere Sprache als die «heissen Wünsche», mit denen die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 7. August ihre «zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei» hinausbegleitete — gegen Proletarier anderer Länder...

In den ersten Wochen des Krieges war man ja überall im ungewissen über die eingehaltene Taktik der einzelnen sozialistischen Parteien. Dann kam die unglaubliche Nachricht, dass die deutsche Sozialdemokratie für die Kriegsbudgets gestimmt — und mit welch schadenfrohem Triumph wurde die Abdankung der deutschen Partei von der bürgerlichen Presse in die Welt hinausposaunt! Die lettische Sozialdemokratie sah sich gezwungen, die Vergangenheit (nicht die Gegenwart!) der deutschen Partei in Schutz zu nehmen: «Wir verurteilen die deutsche Partei, ebenso wie die sozialistischen Parteien anderer Länder, die für diesen Krieg eintraten. Wir sagen, dass unsere deutschen Genossen unrecht handeln, und wir werden die ersten sein, die die deutsche Sozialdemokratie zur Verantwortung ziehen, sobald der Krieg ein Ende genommen: doch wir vergessen nicht die grossen Verdienste, welche die deutsche Partei sich um die internationale sozialistische Bewegung erworben hat.» Und alsdann Guesde und Sembat in das französische Ministerium eintreten, als Vandervelde, der Vorsitzende des Internationalen sozialistischen Bureaus, seinen Platz an der Seite des belgischen Königs findet und durch seinen berüchtigten Brief die russischen Genossen zur Preisgabe ihrer revolutionären Prinzipien auffordert, da wurde es der lettischen Sozialdemokratie klar, dass die Internationale in Trümmern liegt. In tiefer Trauer und doch mit mannhafter Zuversicht schreibt unser Organ: «Verlassen und einsam steht jetzt unsere rote Kampfesfahne — die Mehrheit des Proletariats hat ihr den Rücken gekehrt. Und doch — es kommt die Zeit, wo sie von neuem rot voranleuchten wird den Kämpferscharen, wo vor unserem alten Kampfesrufe: «Proletarier aller Länder, vereinigt euch!» die Ausbeuter und Gewalthaber aller Länder erzittern!» («Beedris», Nr. 1.)

Immer schwerer wurde der Druck der Reaktion in Russland: Schlag auf Schlag fiel gegen die Arbeiterbewegung, bis die zarische Regierung ihren langegehetten Plan ausführte und die sozialdemokratischen Arbeitervertreter der Duma ins Gefängnis warf. Die lettische Sozialdemokratie forderte die Arbeitermassen zum Proteste auf, und trotz Kriegszustand und Kriegsgesetz wurden einige Meetings in den Rigaer Fabriken abgehalten. In einem Flugblatt heisst es: «Die Gewalthaber triumphieren vergebens. Ihr könnt die Arbeitervertreter in Fesseln schlagen, doch es steht nicht in eurer Macht, die Arbeiterklasse selbst und ihren revolutionären Massenkampf zu vernichten. In der nahenden Revolution wird die Arbeiterklasse ihre kühnen Vorkämpfer aus der zarischen Gefangenschaft befreien und sie wird auch eine wahre Volksvertretung und Volksherrschaft begründen.»

Wir übergehen die Aufrufe, welche die Lohnforderungen der Landarbeiter behandeln oder gegen die Teuerung und die Teilnahme der Arbeiter an den Einsammlungen des «Roten Kreuzes» gerichtet sind. Der Klassenkampf und das Klasseninteresse der Arbeiterschaft stehen hier überall an der ersten Stelle. Unter den vielen in dieser Zeit verbreiteten Flugblättern fällt eines in die Augen, das zu Weihnachten erscheint und die Aufschrift: «Friede auf Erden!» trägt. Eitel ist die Hoffnung, dass die herrschenden Klassen uns den Frieden bringen können; nur wir, die Proletarier aller Länder, könnten dem Krieg Halt gebieten, wenn der gemeinsame Klassenwille da wäre. Es muss der Ruf erklingen, der alle Völker eint zum Kampfe gegen die Ausbeuter und Unterdrücker, die Anstifter des Krieges, denn nur der Kampf für den Sozialismus führt uns zum Frieden und zur Freiheit.

Es kommt der 9. (22.) Januar, der Jahrestag des Blutsonntages und der russischen Revolution von 1905. Ueberall im Ostseegebiet, in den Städten und auf dem Lande, Flugblätter und rote und schwarze Fahnen mit revolutionären Aufschriften. Der Gedenktag des Lena-Gemetzels am 4. (17.) April ruft noch stärkeren Anklang in den Massen hervor: ausser revolutionären Fahnen und Proklamationen finden einzelne Proteststreiks in Riga statt, und man versucht Strassendemonstrationen zu veranstalten. Gerade der 1. Mai sollte durch einen organisierten eintägigen Massentstreik zum gewaltigen einmütigen Protest gegen den Krieg ausklingen; aber kurz vor dem 1. Mai drangen deutsche Truppen in Kurland bis nach Mitau vor, und die Maifeier der lettischen Arbeiter wurde durch die Kriegsereignisse verhindert. Für die deutschen Kriegsozialisten wahrlich ein Grund mehr, auf die glorreichen Waffentaten der deutschen Armee stolz zu sein....

Seit den galizischen Schlachten im März 1915 begann der Stern der russischen Kriegsmacht zu sinken. Man weiss, zu

welchen gemeinen verruchten Mitteln das russische Oberkommando griff, um die unrettbaren Niederlagen zu entschuldigen: man versuchte, die Schuld auf die jüdischen Einwohner zu wälzen und die verfolgten und misshandelten Juden als «Verräter» hinzustellen. Der Groll der stumpfen, unwissenden Volksmassen sollte wiederum durch Pogrome von den wahren Schuldigen abgelenkt werden... Unsere Organisation erliess zwei sehr energisch gehaltene Proklamationen (in lettischer und russischer Sprache), worin sie die heillose Miswirtschaft des russischen Reiches, die grenzenlose Korruption in der Armee und der Flotte festnagelt und die wahren Schuldigen des furchtbaren Blutvergiessens an den Pranger stellt. «Wir haben nur einen Feind — die Klassenherrschaft der Ausbeuter und Gewalthaber, mögen sie Juden oder Letten, Russen oder Deutsche sein. Die Arbeiter müssen vereint — Letten und Juden und Russen — sich unter ihre rote Fahne stellen — es lebe die Solidarität der Arbeiter!»

In allen diesen Aufrufen ist die Spitze immer und überall gegen den Krieg, gegen den sinnlosen Völkermord gerichtet. Unsere Partei begnügt sich aber nicht mit Flugblättern allgemeinen Inhalts, eine ganze Anzahl von Proklamationen ist speziell an die Rekruten und Soldaten gerichtet. Die Schrecken des Krieges, der Wahnsinn des Blutvergiessens, das grauenvolle Schicksal der Soldaten werden ihnen vor die Augen geführt und ebenso eindringlich klargelegt, worin das «Vaterland» besteht, das zu verteidigen sie gesandt werden. Und am Schlusse heisst es: «Seid eingedenk, die Zeit naht, wo das Volk sich erhebt und wo der Zar euch senden wird gegen das Volk, gegen unsere rote Fahne, gegen eure Eltern und Brüder. Dann erfüllt eure Pflicht: seid mit dem Volke, gegen den Zarismus!» Aus Nr. 4 unseres Parteiorgans («Der Bote») ersehen wir, dass diese Soldatenproklamationen eine weite Verbreitung gefunden haben, nicht nur in den Kasernen Rigas, sondern auch in den Garnisonen im Innern Russlands und sogar an der Front — in den Schützengräben! Auf der XII. Konferenz der Sozialdemokratie Lettlands (Frühjahr 1915) wird eine neue Organisation in D. angemeldet, die ihre Haupttätigkeit der Agitation im Heere widmen will. Es ist von Interesse zu notieren, dass unter den Mitarbeitern unserer illegalen Organe auch einberufene Soldaten sind. In Nr. 8 des «Beedris» finden wir einen von einem «Feldgrauen» unterzeichneten Artikel «Verteidigung des Vaterlandes». Nachdem er die Bedeutung des Vaterlandes für das Proletariat dargelegt, kommt er zum Schlusse: Die Soldaten schützen das Vaterland ihrer Unterdrücker und damit auch das Land ihrer eigenen Sklaverei und Knechtung. Und wohl gemerkt! nach der Meinung dieses «Feldgrauen» gilt das nicht nur für russische, sondern für alle Soldaten, mögen sie in den Armeen der «Verbündeten» oder der «Zentrilmächte» dienen.

Im Monat Mai entschied sich das Schicksal der Ostseeprovinzen — die deutschen Truppen rückten unaufhaltsam vor, und Kurland wird zum blutigen Schlachtfeld. Die feindliche Invasion ist nun da mit allen ihren Schrecken, und es wird gesengt und geplündert sowohl von russischen Kosaken als von deutschen Soldaten. Eine schwere Schicksalsstunde für die lettische Sozialdemokratie, inmitten der allgemeinen Panik bei ihrer Fahne zu verbleiben und dem nationalistischen Hass zu wehren, der in solchen Momenten fast unwillkürlich aus den Volksmassen gegen den fremden Eindringling auflodert. Nun — unsere Partei hat auch diese Feuerprobe mit Ehren bestanden und im tobenden Kriegslärm an der internationalen Solidarität festgehalten. Nicht die deutschen Arbeiter — heisst es in ihren Aufrufen wieder und wieder — sind unsere Feinde, nicht der Kampf gegen sie wird uns befreien; denn nicht im Kriege für das kapitalistische System, sondern im revolutionären Massenkampf zum Sturze dieses Systems liegt unsere Rettung. (NB. Ausdrücklich betont die Partei, dass sie keine Freiheit von der deutschen Eroberung erwartet und dass ihr die deutsche Regierung ebenso verhasst ist wie die russische.)

Mit aller Kraft erhebt die lettische Sozialdemokratie die Forderung nach Frieden und nach einem Volksgericht über den Zarismus — nur eine revolutionäre Massenbewegung kann und wird die Beendigung des Krieges bringen! Ihre letzten Aufrufe vom Monat Juli, die in unsere Hände gelangt sind, protestieren gegen die wahnwitzige, barbarische Kriegführung des Zarismus, wo bei dem Rückzuge der Armeen die Einwohner vertrieben und alles vernichtet und zerstört wird. «Wir sind gegen den Krieg,» heisst es in einem Flugblatte, «wir kämpfen für den Frieden, und wir wollen weder die russische noch die deutsche Regierung bei ihrer Vernichtungsarbeit unterstützen. Wir haben aber ein Recht, da zu bleiben und für unsern Unterhalt zu sorgen, wo und wie wir selbst es wünschen... Wir geben uns dazu nicht her, die Fabriken und Werkstätten, die durch unserer Hände Arbeit errichtet sind, zu zerstören; wir wollen nicht uns und unsere Kinder dem Hunger und Elend preisgeben.» Und der Kampfesruf des lettischen Proletariats, der aus dem bedrängten Heimatlande zu uns dringt, bleibt derselbe wie am Anfang des Krieges:

«Krieg dem Kriege! Nieder mit dem Zarismus! Es lebe die Revolution und die internationale Solidarität!»

* * *

Das baltische Gebiet liegt jetzt vom Kriege verwüstet und verödet da. Nicht nur das wirtschaftliche und kulturelle Leben der Provinzen ist von den kämpfenden Armeen zerstampft worden, die Heeresscharen Hindenburgs haben auf ihrem siegreichen Vormarsch — unter dem Segen der offiziellen deutschen Sozialdemokratie — auch zeitweilig die Parteiarbeit der lettischen Sozialdemokratie zerstört und zum grossen Teil zertrümmert, was unsere Partei in jahrzehntelangen Kämpfen mit unsäglichen Opfern in agitatorischer und organisatorischer Tätigkeit aufgebaut hat.

Wie dem auch sei — die lettischen Sozialdemokraten klagen und verzweifeln nicht. Bei der gezwungenen Evakuierung des Gebietes sind sie jetzt in Tausenden über ganz Russland zerstreut, und in den russischen Industriezentren werden sie Anschluss an die erwachende revolutionäre Bewegung suchen und auch finden. Aus ihrer frühern Wirkungsstätte werden sie den entschlossenen Kampfesmut mitnehmen, Schulter an Schulter mit dem russischen Proletariat für die Beendigung des Krieges und für den Sturz des Zarismus zu ringen. Alles weist darauf hin, dass Russland sich wieder am Vorabend grosser innerer Katastrophen befindet...

Die lettische Sozialdemokratie hat ihre Pflicht erfüllt und hat gezeigt, dass man auch inmitten der gewaltigen Stürme eines Weltkrieges auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes und der internationalen proletarischen Solidarität ausharren kann. «Hier unser Banner und dies unsere Ehre!» — um mit einem Lassalwort zu schliessen. O. Br.

Postskriptum. Obiger Artikel war Ende September v. J. geschrieben. Unterdessen sind wieder Nachrichten aus dem Wirkungsgebiet der lettischen Sozialdemokratie eingetroffen: Die Parteiorganisation, wenn auch hart bedrängt und arg geschädigt, hat ihre Kampftätigkeit nicht aufgegeben und führt ihre sozialistische und revolutionäre Propaganda weiter. In Riga, in einer Stadt, wo vom nahen Kanonendonner täglich die Fensterscheiben klirren, wird der Kampf gegen den Krieg und gegen den Zarismus mutig und entschlossen fortgesetzt. Es erschienen die Nummern 12 und 13 unseres illegalen Parteiorgans «Beedris»; es werden sozialdemokratische Flugblätter unter Soldaten und Rekruten verteilt. Die revolutionäre taktische Linie ist unerschütterlich dieselbe geblieben, nur wird jetzt mehr und mehr die Hoffnung ausgedrückt, dass auch das Proletariat in Deutschland, Frankreich und England erwache und zu seinen revolutionären Klassenaufgaben zurückkehre.

Aus Russisch-Polen während der Kriegszeit.

(Nach dem Bericht des Landesvorstandes der Sozialdemokratie Polens und Litauens.)

Während die Mehrzahl der industriellen Zentren Russisch-Polens vom Anfang an in den unmittelbaren Bereich des Krieges hineingezogen wurden, konnte sich in der Hauptstadt Polens, Warschau, der revolutionäre Kampf gegen den Zarismus ein Jahr lang ohne Unterbrechung abspielen. Schon am Tage nach dem Mobilisierungskas, am 1. August, erschienen in Warschau illegale Aufrufe des Landesvorstandes mit der Aufforderung zum Proteststreik und zur Demonstration. Es gelang uns, am 2. August in dem Arbeiterviertel Wola eine ansehnliche Massendemonstration zu organisieren. Am 3. August traten die Vertreter aller vier sozialistischen Organisationen Russisch-Polens, der Landesvorstand der Sozialdemokratie Polens und Litauens (die sogenannte «Opposition»), der «Hauptvorstand» der Sozialdemokratie Polens und Litauens, die Polnische sozialistische Partei (Lewitza) und der jüdische Bund zu einer gemeinsamen Beratung zusammen. Nach langen Debatten gelangte man zu einer einheitlichen Auffassung der Lage, auf Grund der von dem Landesvorstande vorgelegten Plattform. Ihre Grundlinien waren: Kampf gegen den Krieg, klare Stellungnahme gegen die russophile wie gegen die austrophile «Orientierung» der verschiedenen bürgerlichen polnischen Lager, die Hervorhebung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, die Losung der sozialen Revolution als die einzige Antwort auf den imperialistischen Krieg. In diesem Sinne wurde ein in Zehntausenden von Exemplaren verbreitetes, von allen vier Parteien unterschriebenes illegales Flugblatt herausgegeben.

Die unsichere und ereignisschwere Lage, die Konzentration aller reaktionären Elemente, die durch chauvinistische Hetze die Massen kriegerisch zu begeistern versuchten, veranlasste die Sozialisten Polens, den *interparteilichen Arbeiterrat* zu gründen. Nach bald danach erfolgtem Austritt des sogenannten «Hauptvorstandes» setzte er sich aus den Vertretern der drei Parteien zusammen und entwickelte sieben Monate lang eine energische Tätigkeit. Um dem sogenannten

Bürgerkomitee, einem Ausschuss der Bourgeoisie für Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Verproviantierung usw., eine Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüberzustellen, organisierte der Rat ein «*Wirtschaftskomitee*» aus den Arbeitervertretern. Er organisierte auch die *Miliz*, die natürlich illegal blieb. Das Wirtschaftskomitee gründete eine Reihe von Arbeiterküchen und sammelte Geld für ihren Unterhalt. Der interparteiliche Rat übernahm die Führung der politischen Arbeiterbewegung. Er gab illegale Aufrufe heraus über Arbeitslosigkeit und öffentliche Arbeiten, über antisemitische Agitation, über Teuerung und zur Jahresfeier der russischen Revolution. Die ersten Monate des Krieges zeichneten sich durch die ungemein revolutionäre Stimmung der Warschauer Arbeitermassen aus. So fand die Tätigkeit des interparteilichen Rats einen starken Anklang, und die ihm angeschlossenen Parteien gingen einmütig vor. Spätere Monate setzten jene Stimmungen herab und führten zu Reibungen auch in dem interparteilichen Rat. Während bisher der Rat dem Bürgerkomitee als einer reaktionären, chauvinistischen Institution feindlich gegenüberstand und seine Versuche, die Arbeiterküchen und andere Einrichtungen unter seine Aufsicht zu nehmen, schroff abwies, neigten jetzt die Polnische sozialistische Partei und der Bund dazu, dem Bürgerkomitee beizutreten, um den Kampf mit ihm von innen heraus zu führen. Da die Sozialdemokratie diese Taktik als irreführend entschieden ablehnte, wurde die gemeinsame Aktion unmöglich, und es kam zur Auflösung des Arbeiterrates. Von diesem Moment an führte die sozialdemokratische Partei ihre Arbeit auf eigene Faust. Sie gab einen Maiaufruf heraus, ein Flugblatt gegen das Gesetz über die städtische Selbstverwaltung für Polen. Die Niederlagen des Zarismus und die aus ihnen sich ergebenden revolutionären Konsequenzen beleuchtete der Landesvorstand in einem massenhaft verbreiteten Flugblatt vom Juni (abgedruckt in der «*Berner Tagwacht*» vom 24. Juli 1915). Zu der Krise der Internationalen und den Fragen der sozialdemokratischen Taktik nahm die *Warschauer Konferenz der Sozialdemokratie*, die am 7. Juni stattfand, ausführlich Stellung. Sie verurteilte entschieden diese Elemente der Internationalen, «*die sich von den betrügerischen bürgerlichen Schlagwörtern schändlich betören liessen und, sich der Führung der Bourgeoisie unterwerfend, die sozialistische Idee verraten haben*», und unter Berufung auf die Stuttgarter Resolution stellte sie den Kampf gegen die kapitalistische Ordnung als die einzige wirksame Friedensaktion in den Vordergrund. Es ist charakteristisch, dass die Position der *Landesorganisation* genau mit derjenigen übereinstimmt, die von der ausländischen Vertretung des Landesvorstandes in der «*Gazeta Robotnicza*» und anderswo eingenommen wurde. Trotz der räumlichen Trennung und monatelangen Verkehrsunterbrechung erwiesen sich die revolutionären Sozialdemokraten Polens als geistig so geeinigt, dass die ungeheure politische Umwälzung der Internationalen von ihren territorial voneinander abgesonderten Gruppen in ganz übereinstimmender Weise erfasst und beleuchtet wurde.

Auch an der Wahlagitation zur städtischen Selbstverwaltung nahm die Sozialdemokratie energisch teil, freilich ohne grosse Aussichten, bei dem Zensuswahlrecht Erfolge davonzutragen. Die Wahlen sind auch wegen des Rückzuges der Zarenarmee nicht zustandegekommen. Die Räumung Warschaws durch die russischen Truppen beantwortete die Sozialdemokratie durch drei Flugblätter: 1. gegen Zerstörung der Fabriken (gemeinsam mit beiden andern sozialdemokratischen Parteien), 2. gegen das Einziehen der Arbeiter durch die russische Armeeführung in die sogenannten Arbeitskompanien, 3. gegen die bürgerliche Miliz. Die Verwüstung der Fabriken durch die abziehenden Russen wie die Besetzung Warschaws durch deutsche Truppen haben Industrie und Handel vollends lahmgelegt, aber die Arbeiterdemonstrationen gegen den Krieg und die Teuerung, deren Schauplatz Warschau neuerdings war, beweisen, dass die revolutionäre Tatkraft in den Arbeitermassen nicht erloschen ist. Die deutsche Regierung antwortete auf die Kundgebungen des Proletariats mit Verhaftungen. Viele Genossen wurden nach Deutschland geschleppt, aber sie sah, dass es angesichts der Zähigkeit der Arbeiterschaft nicht angehe, ihr alle Rechte vorzuenthalten. Sie toleriert die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, die von den Arbeitern organisierten Volksküchen, den Gewerkschaftsrat, das wirtschaftliche Komitee. Sie toleriert unsern Kampf gegen das Bürgerliche Komitee, das den 12 Arbeiterküchen die Unterstützung vorenthält, um sie zur Aufgabe der Selbständigkeit zu bewegen. Aber der politischen Tätigkeit sind enge Grenzen gezogen. Das sozialdemokratische, legal erscheinende Blatt «*Nasra Trybuna*» darf über die politische Lage in Polen und über die Verhältnisse in Deutschland kein Wort bringen. Dagegen hat es eine gewisse Ellenbogenfreiheit in der Beleuchtung der Klassengegensätze in Polen, der Ereignisse in der Internationalen. Es hat sich mutig zur Zimmerwalder Aktion bekannt, beleuchtet die Ereignisse vom Boden des Resolutionsentwurfes der Minderheit der Zimmerwalder Konferenz.

Politische Versammlungen werden von den deutschen Behörden nicht geduldet, dagegen manchmal Vorträge über politische Fragen zugelassen; so zum Beispiel fand ein öffentlicher Vortrag eines unserer Genossen über den Zusammenbruch der II. Internationalen statt. Dass diese öffentliche Tätigkeit unsere Parteiarbeit nicht erschöpfte, ist klar. Die ergänzende Tätigkeit, die das Aufrechterhalten der Parteiorganisation, die Verbreitung unserer Ideen in ihrer «*unbeschnittenen*» Gestalt bezweckt, hat keinen Augenblick aufgehört. Die breite offene Tätigkeit unserer Genossen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, des Wirtschaftskampfes, bereitet den Boden für sie ausgezeichnet. Das Proletariat Russisch-Polens hat keinen Augenblick abgerüstet, es bleibt sich, das heisst der Revolution, treu.

Bericht aus Südafrika.

Aus *Johannesburg* erhalten wir einiges Material über die Vorgänge in der südafrikanischen Arbeiterbewegung, dem wir folgende Daten und Mitteilungen entnehmen:

Am 22. August 1915 nahm die *südafrikanische Arbeiterpartei* eine Resolution an, in der sie sich zustimmend zum Kriege äusserte. Eine Minorität opponierte und bildete die *Internationale Sozialisten-Liga* der südafrikanischen Arbeiterpartei. In einer Versammlung vom 27. August stellte diese Liga ein Programm auf der Grundlage des internationalen Sozialismus und des Antimilitarismus auf und beschloss, in diesem Sinne eine Agitation *innerhalb* der südafrikanischen Arbeiterpartei einzuleiten. Die Geschäftsleitung der südafrikanischen Arbeiterpartei tagte am 28. August und besprach die Forderungen der Liga zu den bevorstehenden Wahlen. Ein Ausschlussantrag gegen die Mitglieder der Liga wurde in den Mitgliederversammlungen vom 1., 8. und 15. September zur Diskussion gestellt, und ein Parteireferendum entschied mit grossem Mehr den *Ausschluss aller Mitglieder der Liga aus der südafrikanischen Arbeiterpartei*.

Für die allgemeinen Wahlen, die am 10. Oktober stattfanden, stellte die Liga für den Wahlbezirk Georgetown den Genossen *W. H. Andrews* und im Bezirk Langlaate den Genossen *I. A. Clark* auf. Die Resultate zeigten, dass in diesen zwei Bezirken für unsere Bewegung noch wenig zu holen ist, aber die Ergebnisse lassen sich noch sehen gegenüber der *vollständigen Niederlage*, die die Arbeiterpartei bei diesen Wahlen erlitten hat. Die Kommunalwahlen im Randgebiet verliefen für die Liga viel günstiger und hatten den Erfolg, dass die Genossen *Colin Wade* von Germiston und *I. A. Clark* von Johannesburg als Gewählte in die Stadtverwaltung zurückkehren konnten. Auch die Nachwahlen in den Provinzialrat von Fordsburg brachten der Liga einen Erfolg, indem die Stimmzahl ihres Kandidaten *Sydney van Lingen* stark erhöht werden konnte.

Inzwischen widmete die Liga ihre Tätigkeit der Organisation von Mitgliedschaften. Die Grenzen der alten Arbeiterpartei wurden vielfach überschritten, und jetzt haben wir festen Fuss gefasst in *Benoni, Durban, Johannesburg* (Stadt und Ost) und in *Germiston*; in Krügersdorp, wo eine Anzahl überzeugter Internationalisten vorhanden ist, ist die Gründung einer Mitgliedschaft nur noch eine Frage der Zeit. Aber das ist keinesfalls das ganze Gebiet, das unserm Einfluss unterliegt. Eine ganze Reihe von Sozialisten im ganzen Lande steht mit unserer Bewegung in nahen Beziehungen durch unsere Zeitschrift «*Die Internationale*».

Aus dem Bericht der Presskommission geht hervor, dass von der Zeitung «*The International*» 16 Nummern erschienen, trotzdem nicht nur Schwierigkeiten finanzieller Natur, sondern auch geistiger Art zu überwinden waren. Das Ziel des Blattes bestand hauptsächlich darin, *den Krieg und den Militarismus zu bekämpfen*, die internationale Einigkeit der Arbeiterklasse hervorzuheben und die wiedererweckten Grundsätze der sozialistischen Politik in Südafrika in die breiten Massen zu tragen.

Wir haben Anhänger, die die besten Vorstandsmitglieder der Sektionen der Arbeiterpartei waren, in nahezu allen grösseren Ortschaften des Landes. Sie haben noch nicht alle Fäden mit der Arbeiterpartei zerrissen und sind bis jetzt noch nicht weiter gekommen als bis zum Lesen und Vertreiben der Internationale, aber wir sind der festen Ueberzeugung, dass auch sie sich in kurzer Zeit unsern Reihen anschliessen werden. Ausserdem haben wir nahe Beziehungen mit den früheren Parteivereinsmitgliedern in Durban, Capetown und zum Teil auch in Pretoria. Unser Blatt leistet uns hier grosse Dienste.

Diese Angaben, die wir dem Geschäftsbericht des Vorstandes der Internationalen Sozialisten-Liga entnehmen, schliessen mit einigen weitem Mitteilungen: Die schriftliche und mündliche Propaganda der Liga wird jeden Tag durch die Repressalien der Polizei und der Zensur mehr erschwert; nichtsdestoweniger werden in Durban und Johannesburg von uns aus fortwährend *Strassenversammlungen* abgehalten. Die Mitgliedschaft Benoni veranstaltet an Sonntagabenden auch Vorlesungen, die ebenfalls in andern Städten eingeführt werden. Die Genossen *Chapman*, Benoni, *W. S. Mabott*, Durban, *T. W. Ward*, Johannesburg-Stadt, *E. H. Becker*, Germiston und *Richard Riss*, Johannesburg-Ost haben ihr möglichstes getan, um der Liga in der schwersten

Periode ihrer Existenz zu helfen. Es ist keine Ueberhebung, wenn wir sagen, dass durch ihre Hilfe unsere Liga in der Organisationsarbeit die Arbeiterpartei überflügelt hat. Die Erfolge sind so erfreulich, dass der Plan erwogen wird, ob nicht ein ständiger Sekretär anzustellen wäre.

Am 9. Januar 1916 fand unter dem Vorsitz von W. H. Andrews die erste Konferenz der internationalen Sozialisten-Liga in der Trades Hall in Johannesburg statt. Die Geschäftsleitung der Liga unterbreitete dieser Konferenz unterm andern folgende Anträge:

Die Liga soll keine Verbindungen mit Organisationen unterhalten, die den Krieg und andere militaristische Einrichtungen unterstützen.

Das Zimmerwalder Manifest soll als Grundlage der zukünftigen Politik der Liga dienen.

Die Liga soll sich zum Beitritt an die I. S. K. in Bern anmelden.

Die Mitgliedschaft Benoni beantragte, dass jedes Mitglied der Liga, das sich als Soldat anwerben lässt, sofort seine Mitgliedschaft verlieren sollte.

Die Geschäftsleitung empfiehlt der I. S. K. zu Bern eine ständige Kommission zu ernennen, die die Pflicht hätte, über alle Phasen des Krieges, welche die Arbeiterklasse betreffen, Bericht zu erstatten.

Wie wir einem weiteren Bericht entnehmen, war die oben erwähnte Konferenz der Internationalen Sozialisten-Liga Südafrikas, die am 9. Januar in Johannesburg tagte, von 32 Teilnehmern besucht. In der Eröffnungsansprache betonte der Vorsitzende nachdrücklichst die Pflicht zum Kampf gegen den Militarismus auf der Grundlage der Internationalität. Die Konferenz hat gemäss Antrag der Geschäftsleitung beschlossen, für die Tätigkeit der Liga das Zimmerwalder Manifest als Grundlage anzuerkennen und den Beitritt zur Internationalen Sozialistischen Kommission in Bern sofort zu vollziehen. Dieser Beitritt erstreckt sich nicht nur auf die Anerkennung der prinzipiellen Beschlüsse, sondern auch auf die finanzielle Unterstützung der Zimmerwalder Aktion.

Ein weiterer Beschluss lautet: „Die Liga soll die Grundsätze des industriellen Unionismus anerkennen, das heisst die Organisierung der Arbeiter nach Industriezweigen, ohne Unterschied der Rasse, der Farbe oder der religiösen Zugehörigkeit, weil nur diese Organisationsgrundlage die nötige Kraft verleihen kann, um die Arbeiter zu befreien.“ Für die Eingeborenen soll nicht nur der Grundsatz der Gleichberechtigung gelten, sondern es soll ihnen auch als Lohnarbeitern die volle Unterstützung zur Hebung ihrer Lage gewährt werden. Annahme fand ferner ein Antrag, dass die Gewerkschaften mit gleichen Rechten wie die politischen Organisationen in der Liga Aufnahme finden sollen. Die Liga ist also nicht nur eine rein politische Organisation, sie will alle Kräfte zusammenfassen im Kampfe gegen den Krieg und gegen den Kapitalismus und seine festeste Stütze, den Militarismus.

Berichte aus neutralen Ländern

Bericht der sozialdemokratischen Partei Rumäniens.

Der nationale Kongress der rumänischen Sozialdemokratie, der vom 26. bis 29. Oktober 1915 in Bukarest stattfand, hat seine offizielle Zustimmung zum Zimmerwalder Manifest und seinen Beitritt zur I. S. K. gegeben. Der Parteivorstand bezeichnete drei Delegierte, die die rumänische Partei in der erweiterten Kommission zu vertreten haben. Gemäss den Beschlüssen von Zimmerwald und in Uebereinstimmung mit der schon früher befolgten Taktik der rumänischen Sozialdemokratie haben wir seit Ausbruch des Krieges unsere Propaganda gegen den Krieg und für die aufrichtige und endgültige Neutralität Rumäniens fortgesetzt. Indes musste unser Kampf notwendigerweise einen andern Charakter annehmen als in der ersten Hälfte des Jahres 1915.

Zu jener Zeit erreichten die Bestrebungen der interventionistischen Partei Rumäniens, die für den Eintritt des Landes in den Krieg Seite an Seite mit Frankreich und Russland eintrat, — die germanophile interventionistische Partei war damals schwach und unpopulär — ihren Höhepunkt. Der Widerstand, den diese Aktion von unserer Seite fand, war sehr heftig. Aus diesem Grunde konzentrierte sich die ganze Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf das Duell zwischen den Interventionisten und den Sozialisten, deren Waffen öffentliche Versammlungen und Demonstrationen waren.

Nach dem russischen Rückzug, nach den Niederlagen bei Gorlice und am Dunajec, nach dem Misserfolg der italienischen Offensive, verlor die frankophile Strömung in Rumänien viel von ihrer Schärfe. Man konnte fürderhin diese Strömung ohne weitere Befürchtung betrachten, und trotzdem die Agitation fortgesetzt wurde, waren die Manifestationen der Interventio-

nisten keine ernst zu nehmende Sache mehr, sondern trugen mehr den Charakter eines Bluffs. Auf der andern Seite war, wie wir betonten, die germanophile Strömung wenig populär und konnte keine Volkstümlichkeit erlangen, trotz der Anstrengungen, die die Germanophilen machten.

Die Führer der germanophilen Partei Rumäniens, P. Carp und A. Marghiloson usw., haben in den Jahren 1912/13 selber dazu beigetragen, Rumänien in das Fahrwasser der Entente zu treiben. Die Anstrengungen, eine Aenderung herbeizuführen und die Strömung zu ändern, die durch sie selbst gestärkt worden war, blieben ohne Erfolg. Das Eingreifen Rumäniens an der Seite Deutschlands hätte nur das Resultat eines von oben geführten Schlages sein können, aber niemals der Erfolg einer Manifestation der Meinungen, selbst wenn sie über die Kräfte verfügt hätten, die z. B. der frankophilen interventionistischen Partei Rumäniens zur Verfügung standen. So ist die Periode des Offensivkampfes gegen den rumänischen Interventionismus vorbei. Aber die Kriegsgefahr bestand weiter und die Wiederaufnahme der interventionistischen Agitation war nicht ausgeschlossen und ist es auch noch nicht vollständig für die Zukunft.

Um in den Massen den antikriegerischen Geist zu erhalten und ihre Wachsamkeit gegen die Kriegshetzer nicht erlahmen zu lassen, hat der Parteitag beschlossen, eine Aktion gegen die Lebensmittelteuerung, für die Wahlreform und für die Agrarreform zu entfalten. Die Agrarreform war von der gegenwärtigen Regierung versprochen worden, aber nach Kriegsausbruch wurde sie auf einen unbestimmten Zeitpunkt verschoben. Diese Agitation wird jetzt noch fortgesetzt. Wir haben uns vorgenommen, ihr sogar noch eine grössere Intensivität zu verleihen.

Um unsern Bericht über den Parteitag zu schliessen, machen wir noch auf einige Aussetzungen aufmerksam, die der Parteivorstand in seinem Tätigkeitsbericht zu erheben gezwungen war: Es handelt sich um einige Korruptionsversuche seitens der Anhänger der Zentralmächte.

Unter verschiedenen Vorwänden hat man der Partei einen Gratisnachrichtendienst offeriert, man stellte ihr die kostenlose Lieferung von Zeitungsfarbe und Zeitungspapier in Aussicht. Man offerierte Summen von Fr. 500 bis zu 10,000, die angeblich von einem anarchistischen Bureau in Bern herrühren sollten. Die Summe von 10,000 Franken wurde uns durch einen Bukarester Advokaten am Vorabend unserer grossen Manifestation anfangs Juni offeriert. Nachdem diese Summe refusiert wurde, schickte man unserem Parteisekretariat, immer noch am Vorabend vor unserer grossen Manifestation, einen Betrag von 2,600 Franken, der auf 6 Postmandate verteilt war. Es ist unnötig zu sagen, dass alle diese Offerten zurückgewiesen wurden und dass die Tatsachen mit Namen, Daten und Beweisen dem Parteitag bekanntgegeben wurden.

Aus dem Kampf der rumänischen Sozialdemokratie gegen den Krieg ist noch die Teilnahme an einer Nachwahl in Galatz erwähnenswert. Es handelte sich für die Partei um die Eroberung eines durch den Tod des bisherigen Inhabers erledigten Mandates. Was dieser Wahl eine ganz besondere Bedeutung gab, ist der Umstand, dass die interventionistische Partei versuchte, den Wahlkampf zur Organisierung von Manifestationen, wenn auch platonischen Charakters und nur mit einem innerpolitischen Zweck, auszunützen. Sie stellte für den freigewordenen Sitz die Kandidatur Lucaciv, sen., auf, den Chef der nationalistischen Partei Transsylvaniens, der beim Kriegsausbruch nach Rumänien ausgewanderte und sich an die Spitze der interventionistischen Bewegung gestellt hatte. Trotzdem wir nicht die mindeste Aussicht hatten, den Sitz zu erobern — in Rumänien gibt es im ganzen Lande nicht mehr als 1000 Arbeiterwähler — haben wir die Teilnahme am Wahlkampf beschlossen, um die Propaganda gegen den Krieg zu entfalten. Wir können ohne Uebertreibung sagen, dass die Partei während eines Monats eine geradezu glänzende Agitation durchführte. Der Kandidat Lucaciv, der übrigens durch den Regierungskandidaten geschlagen wurde, musste sich hinter eine absurde Formel flüchten, die wohl am besten dessen Verblüffung zeigt. Er erklärte keineswegs den Krieg zu wollen, einzig Transsylvanien sei sein Ziel.

Die germanophile wie die frankophile Kriegshetze, die neue Arbeitermassen gegen uns warf, vermochte auch einige unklare Elemente dem Nationalismus in die Arme zu treiben. In Konstantza haben sich zwei sozialdemokratische Advokaten auf die Seite der Frankophilen gestellt, indem sie an einer ihrer Versammlungen teilnahmen. Durch eine Mitteilung setzte der Parteivorstand die Partei über das Verhalten dieser zwei ehemaligen Genossen in Kenntnis, die übrigens schon lange aufgehört haben, Parteimitglieder zu sein, weil sie keine Beiträge mehr bezahlten und sich durch ihr Verhalten selber ausserhalb der Reihen des Sozialismus gestellt hatten.

Ein anderer Fall ereignete sich erst kürzlich: Ein ehemaliger Redakteur der Lupta liess in Jassi eine Zeitschrift mit germanophilen Tendenzen erscheinen. Immer den Neutralitätsstandpunkt betonend, sah diese Zeitschrift die Eventualität einer Teilnahme am Kriege voraus und erklärte sich für ein

Zusammengehen mit Deutschland. Dieser Interventionismus, der sich mit neutralistischen Phrasen zu maskieren sucht, hat mit Rücksicht darauf, dass es sich hier um einen ehemaligen Parteiredakteur handelte, einen wahren Proteststurm hervorgerufen. Die Parteisektionen von Bukarest und andern Städte haben seinen Ausschluss gefordert. Der Parteivorstand nahm eine vermittelnde Stellung ein. Er bestätigte den Standpunkt der Partei, lud die Sektionen ein, energisch gegen den Versuch, die Meinungen der Arbeiterschaft zu trüben, Protest zu erheben, wollte sich aber nicht für den Ausschluss erklären, solange es sich nur um die Aeussierung einer bestimmten Meinung handle und noch keine im Widerspruch mit den Parteibeschlüssen stehende Handlung vorliege. Der Parteivorstand behält sich vor, das Statut anzuwenden für den Fall, dass der in Frage stehende Genosse zu einer systematischen Propaganda für seine Ideen übergehen sollte.

Unser Bericht wäre unvollständig, wenn wir nicht ein paar Worte sagen würden über die Tätigkeit des *Interbalkanischen Sozialistischen Bureaus*, das durch die interbalkanische Konferenz im August 1913 eingesetzt wurde und in Bukarest seinen Sitz hat. Im September gab das Bureau die erste Nummer seines französisch und deutsch redigierten Bulletins heraus, das einen über die interbalkanische Konferenz und den Wortlaut des ersten im Juli 1915 herausgegebenen, mit den Unterschriften der sozialistischen Parteien von Bulgarien (engherzige), Serbien, Griechenland und Rumänien versehenen Bericht enthielt. Nach seiner Konstituierung hat das Bureau zwei Aufrufe erscheinen lassen. Der eine behandelt die Politik der Balkanmächte, der andere erschien aus Anlass der Invasion der deutsch-bulgarisch-österreichischen Heere in Serbien. Ferner wurde eine Mitteilung erlassen über die ausgezeichnete Haltung der engherzigen Sozialisten Bulgariens und gleichzeitig das heuchlerische Verhalten der weitherzigen Sozialisten gebrandmarkt. Das Bureau hat ferner das Manifest der engherzigen Sozialisten Bulgariens, das diese aus Anlass des Kriegsausbruches in ihrem Lande herausgaben, übersetzt und veröffentlicht. Diese Dokumente werden in der zweiten Nummer des Bulletins der interbalkanischen Föderation erscheinen und sind den sozialistischen Parteien der anderen Länder, der Presse, dem Internationalen Sozialistischen Bureau im Haag und der Internationalen Sozialistischen Kommission zu Bern zugestellt worden. Leider erreichten die Sendungen nicht alle Adressaten, weil die Zensur die Spedition verhinderte.

Die rumänische Partei hat fortwährende Verbindungen, soweit sie überhaupt möglich waren, mit den der interbalkanischen sozialistischen Föderation angeschlossenen Parteien und besonders mit den engherzigen Sozialisten Bulgariens unterhalten. Die Beziehungen zu den griechischen Sozialisten beschränkten sich auf die Verbindung mit der sozialistischen Föderation von Saloniki; die sozialistische Organisation von Athen befindet sich in den Händen der griechischen Interventionisten, mit Platon Dracoulis an der Spitze.

Wir haben versucht, den serbischen Sozialisten ihr Los zu erleichtern. Schon im März des letzten Jahres haben wir ihnen eine Summe von Fr. 1070.— zugestellt, der unsere Partei einen Betrag von Fr. 130.— beifügte und die uns im Auftrage der Sozialisten Amerikas durch die Vermittlung des Genossen Greulich für die Witwen und Waisen der im Kriege gefallenen Sozialdemokraten zugestellt worden ist. Eine zweite Summe von Fr. 1140.—, der unsere Partei ihrerseits wiederum einen Betrag von Fr. 200.— beifügte, ist uns durch die gleiche Vermittlung im Oktober 1915 zugestellt worden, als die Offensive gegen Serbien bereits in voller Entwicklung war und zwischen Serbien und Rumänien die Verbindungen eine Unterbrechung erfahren hatten. Erst später konnten wir durch die Vermittlung der sozialdemokratischen Partei Bulgariens die Hälfte dieser Summe nach Nisch senden, uns vorbehaltend, die andere Hälfte nach Belgrad gelangen zu lassen. Der erste Betrag ist bereits an seinen Bestimmungsort gelangt und wird so manches Leid stillen.

Dänemark.

Der *deutsche Arbeiterverein in Kopenhagen* hat der I. S. K. folgende Zustimmungserklärung zur Zimmerwalder Aktion eingesandt:

« Mit Begeisterung begrüßen wir die Zimmerwalder Konferenz als ersten Schritt zur Wiederherstellung der Internationalen.

Die Internationale ist nicht nur durch die elementare Kraft der Ereignisse gesprengt worden, sondern auch durch die Preisgabe des Klassenkampfes des Proletariats, welcher fast überall von den Arbeiterparteien durch die verhängnisvolle Burgfriedenspolitik ersetzt wurde. Nun muss die Losung der Zimmerwalder Konferenz: Nieder mit der sklavischen Unterjochung unter den Burgfrieden! von der gesamten Arbeiterschaft aufgenommen werden. Die Arbeiterklasse muss ihre eigene Politik treiben und den Kampf für ihre eigene Sache führen. Diese Politik ist die internationale sozialistische Politik; dieser Kampf ist der Kampf gegen den Mi-

litarismus, Imperialismus und Kapitalismus. Keine nationale Solidarität mit der Ausbeuterklasse, sondern die internationale Solidarität des Proletariats! Keine Politik des Burgfriedens und « Durchhaltens », sondern Krieg dem Kriege, Kampf für den Sozialismus!

Unser Sieg, der Sieg der internationalen Arbeiterschaft, wird uns die Freiheit und den Frieden bringen, und nicht der Sieg eines Hindenburgs oder eines Joffre! Nun gilt es vor allem, das Ringen um den Frieden ohne Annexionen und Kriegsschädigungen mit voller Wucht aufzunehmen.

Kein Opfer zu gross, keine Last zu schwer, um dies Ziel: den Frieden unter den Völkern, zu erreichen. Und dies kann die Arbeiterinternationale allein. Inmitten des Krieges, dem nationalistischen und imperialistischen Wahnsinne zum Trotz, ungeachtet unzähliger Hindernisse und Verleumdungen, haben Genossen aus neutralen Ländern den Mut gehabt zu versuchen, zerrissene Fäden der internationalen Beziehungen neu zu knüpfen. Wir bekennen uns zu diesen Bestrebungen und erwarten, dass die I. S. K. zu Bern das grosse Werk der Zusammenschauung der Proletarier aller Länder, um das Banner des unversöhnlichen Kampfes gegen den Krieg, für den Frieden, für den Sozialismus, um das Banner der sozialistischen Internationalen mit voller Wucht weiterbefördern wird.

Nieder mit dem Kriege! Es lebe die Internationale! Es lebe der Sozialismus! »

Die Bostoner Sozialisten über Zimmerwald.

Die *sozialistische Partei Bostons* (U. S. A.) hat einstimmig folgende Resolution zum Beschluss erhoben:

« Die sozialistische Konferenz, die unlängst in Zimmerwald stattgefunden hat, ist der erste Schritt zur Sammlung der zerstreuten Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung.

Inmitten des Völkerhasses und ungeachtet der patriotischen Parteimehrheiten Deutschlands, Frankreichs, Oesterreich-Ungarns und der skandinavischen Länder, hat diese Konferenz die sozialistische Taktik für die unmittelbare Zukunft festgestellt und zweifelsohne die Grundlage einer neuen Arbeiter-Internationalen geschaffen.

Die Mehrheit der Konferenz hat bewiesen, dass sie die Vertreterin der entschiedensten und revolutionärsten Elemente der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen Europas ist.

Deshalb stimmen wir den Beschlüssen der genannten Konferenz zu und versprechen der neuen Organisation unsere moralische und materielle Unterstützung. »

Verschiedene Nachrichten

Eine Feststellung.

Nach einem Havas-Telegramm der europäischen Presse vom 26. Februar behauptete der « Sozialist » *Bourianoff* in der russischen Reichsduma, dass die deutschen Delegierten an der Zimmerwalder Konferenz erklärt hätten, dass sie im deutschen Reichstag für die Kriegskredite stimmen würden. Diese Behauptung ist eine Verleumdung und steht im schroffsten Widerspruch zu der Erklärung, die in Zimmerwald durch den Genossen *G. Ledebour* abgegeben wurde und deren Inhalt lautete, dass die Ablehnung der Kriegskredite heute wohl eine Selbstverständlichkeit sei und gar nicht erst als besondere Forderung im Manifest aufgenommen werden müsse.

Wenn der « Sozialist » *Bourianoff* eine Entschuldigung für seine heroische Solidarität mit dem Zarismus braucht — was angesichts der Ungeheuerlichkeit der Tatsache und bei der hier vorliegenden Reinkultur des Sozialpatriotismus am Ende zu begreifen ist — so muss er sich schon solidere Argumente wählen als die grobe Fälschung des Votums der deutschen Delegierten an der Zimmerwalder Konferenz.

Die nächste Nummer des Bulletins

soll Ende März erscheinen. Wir ersuchen alle Organisationen und Gruppen, ihre Berichte, Einsendungen und Anträge rechtzeitig der I. S. K. zu übermitteln, sofern auf die Aufnahme in der Nr. 4 des Bulletins gerechnet wird.